

Die „Volksmacht“
erschien wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition Rene Grawert, 4/6,
am Reichsplatz zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 80 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92.
Im Jahre 1907 am Ort. M. 2.50.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen
über die politische
Lage in Ostpreußen
für Arbeiter, Klein- und
Bauernvereine
15 Pfennig.
Kundliche Briefe 25 Pf.
Informationen für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 251.

Mittwoch, den 27. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Ein deutscher Spitzel über die preussische Polizei.

Auffsehen erregende Enthüllungen, die in Paris fabriziert und in Gallzien zuerst veröffentlicht wurden, durchschüttelten die politische Presse Ostdeutschlands. Ihr Urheber, der Pole Leslaus Rakowski, bezeichnet sich selbst als ehemaliger Spitzel der Posener politischen Polizei und ist sicher ein ausgemachter Schuft. Er hat seinen Besuch und sein Material auch bei uns und bei sozialdemokratischen Abgeordneten angebracht, von seiner früheren Spitzeltätigkeit berichtet er dabei nicht, als Hochkapital aber war er sofort allmählich. Als er vor drei bis vier Jahren in Breslau auftauchte, hatte er gerade den Dienst als Journalist bei dem Bureau S. u. S. quittiert, zu unrecht Geld erhoben und dafür einige Wochen Gefängnis abgesessen. Ueber seine frühere Tätigkeit gibt er jetzt selbst zu, daß er sowohl der nationalpolnischen Bewegung als der preussischen Polizei als Spitzel und Spion gedient - wahrscheinlich zu gleicher Zeit. Man muß diese Vorgeschichte kennen, um das Nachfolgende würdigen zu können. Denn wenn dieser Herr heute seine einstigen Auftraggeber bloßstellt, seine Freunde verrät, Intimitäten der Polizei preisgibt, so muß er auch das nur für schweres Geld, und muß man gewärtig sein, daß er aufrägt und färbt, wo es ihm um günstige geschäftliche Wirkung zu tun ist. Trotzdem sind manche der Enthüllungen, die jetzt aus der polnischen Presse in die deutsche überfließen, so allmählich belegt, so haarsträubend bewiesen, daß sich daran wichtige parlamentarische Vorgänge knüpfen werden. Es muß an den Tag kommen, was an den Rakowskischen Enthüllungen echt ist, wenn nicht früher - dann im preussischen Landtag. Nach Uebersetzungen oberster Blätter und aus den Akten unserer Abgeordneten geben wir zunächst folgende Angaben Rakowskis wieder.

Polenland Rakowski.

Ich war von 1899 bis 1902 gewöhnlicher Polizeizutragener ohne festes Gehalt, im Jahre 1902 wurde ich wegen Spionage für Deutschland in Krakau verhaftet, 8 Monate in Untersuchung gehalten und wurde von da an bis 1908 Polizeispitzel mit Gehalt.

Polizeidirektor Zacher in Posen

ist Vorsteher des unabhängigen Zentralbureaus für polnische und sozialdemokratische Angelegenheiten. Ihm ist es gestattet, ständige Polizeiamtanten zu unterhalten nicht nur in Deutschland, sondern in allen polnischen Ländern, in Gallzien, Polen, im Westen Deutschlands, in der Schweiz, in Paris, in den Vereinigten Staaten usw. In polnischen Angelegenheiten müssen alle Polizeibehörden Preußens ihre Berichte Zacher übermitteln. Daß die Posener geheime politische Polizei gewissermaßen eine Zentralstelle für die Ueberwachung der polnischen Angelegenheiten bildet, erhellt am besten daraus, daß sich Regierungspräsident K. beschwerdeführend an den Minister des Inneren wandte, weil Polizeirat Zacher unter Außerachtlassung des vorgeschriebenen Dienstweges seine politischen Berichte dem Ministerium direkt übermittelte. In der Erwiderung auf dieses Schreiben betonte Polizeirat Zacher, daß die Posener Polizei in polnischen Angelegenheiten dem Regierungspräsidenten in Posen nicht unterstellt sein könne, weil ihr Tätigkeitsgebiet weit über die Grenzen des Regierungsbezirks hinausgehe; deshalb müsse die Posener politische Polizei direkt mit dem Ministerium verkehren, auch aus Gründen der diskreten Behandlung der zu bearbeitenden Materie. Dieser äußerst charakteristische Schriftsatz befindet sich in den Geheimakten des Posener Polizeipräsidiums, betreffend die Polnische Nationalliga.

Album polnischer und sozialistischer Politiker.

Am 6. März 1907 gab die Posener Polizei ein Album polnisch-politischer Agitatoren heraus, die entweder aus Preußen ausgewiesen worden oder wegen preußenfeindlicher literarischer Tätigkeit auf die schwarze Liste gelangt sind. Das Album umfaßt 25 Seiten, wird von der lithographischen Abteilung der Berliner Polizei herausgegeben und an die bedeutendsten Polizeibehörden versandt. Auf den ersten Seiten figurieren darauf Personen, die des Landesverrats verdächtig sind und beim Betreten Preußens sofort verhaftet werden können, zum Beispiel Josef Mikolowski, Dr. Lewakowski, Korytko, Gajlotow, der Rechtsanwalt Welsa aus Warschau, der Sozialist Stalujinski, dann verdächtige Personen, wie: der Abgeordnete Dmowski, Geny Stenkiowicz, Genosse Dazhanski, Gawronski, Dr. Karowski und andere mehr, schließlich alle aus Preußen ausgewiesene Polen. Im Jahre 1907 enthielt das Album 264 Photographien; jede ist mit einer Personalbeschreibung versehen. Darunter befindet sich auch das Bild der Genossin Rosa Luxemburg.

Kriminalkommissar Paul Frost.

Dem Polizeidirektor Zacher unterstellt ist das Posener Bureau für polnische und russische Spionagesachen, an dessen Spitze Kriminalkommissar Paul Frost steht. Das Bureau besteht geheim neben der regelmäßigen Polizei, ihre Mitglieder sind den gewöhnlichen Straßenpolizisten nicht bekannt. Frost selbst ist im Adress- und Telefonbuch als „Rentier“ eingetragen. Er ist aus dem Unteroffiziersstande herabgegangenen, war lang mehrere Jahre Gendarm in dem in der Provinz

Posen belegenen Grenzort Pleschen und hatte sich wahrscheinlich infolge seiner Nüchternheit in Verlehn mit den russischen Zuträgern die Gunst seiner Vorgesetzten erworben. Auf Veranlassung des Chefs der geheimen politischen Polizei in Posen, eben des Polizeirat Zacher, wurde er zum Kriminalschuttmann befördert und nach Posen versetzt, wo er sogleich mit den geheimen Angelegenheiten politischer Natur betraut worden ist. Er machte hier rapid Karriere, erlachte in Posen mehrere russische Spione, die vom Reichsgericht zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, und ist anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in Posen zum Kriminalkommissarius befördert worden; er erhielt zunächst das Allgemeine Ehrenzeichen und 1908 den roten Adlerorden 4. Klasse. Frost bewohnt jetzt in Posen in der Salomonstraße Nr. 33, 2. Etage rechts, ganz am äußersten Westende der Stadt, eine komfortable, aus 7 Zimmern bestehende Wohnung. Sein Beamtenstab setzt sich aus 7 Personen zusammen, ungeachtet der vielen Großenjungen und Agenten.

Der Polizeistab.

Da Frost persönlich von sehr mittelmäßiger Bildung ist und polnisch nur einige Sätze spricht, hat er einen gebildeten anderen Beamten zur Stelle, der die schriftlichen Arbeiten für ihn erledigt. Dieser Herr heißt Leo von Muschnski; er nennt sich Kaufmann und ist Hausbesitzer im Hause Augustastrasse 24 in Posen-St. Lazarus. M. stammt aus Sibirien, hat teilweise Unversitätsbildung, er hatte die Tierarzneikunde studiert und ist dann zur Polizei übergetreten. M. ist im Aufgebotsamt sehr wenig tätig und besorgt hauptsächlich schriftliche Arbeiten, also Uebersetzungen aus den russischen, polnischen und böhmischen Blättern usw. Außerdem gehören dem Frost'schen Stabe noch folgende Herren an: Archasja, Duffa, Jygmanaki, ein gewisser Kaufmann Delski, der sich gegenwärtig in Krakau im Gefängnis befindet, und mehrere andere Herren.

Der Dienst der Polizisten.

Morgens um 8 Uhr und Nachmittags um 3 Uhr ist in der Frost'schen Wohnung Parolenausgabe, dort werden die Instruktionen für den Tagesdienst verteilt und die einzelnen Agenten mit der Ueberwachung der nach Polen zugereisten Fremden betraut. Polnische Politiker oder ausländische Polen, die sich zeitweise in Posen aufhalten, werden von je zwei Agenten auf Schritt und Tritt verfolgt. Aber nicht nur das politische Leben der Polen unterliegt dieser geheimen Bewachung, alle öffentlichen Veranstaltungen, ja sogar Reichstags- und die Fronleichnamspaziergänge werden scharf überwacht. Die dem Sozialdemokratischen Verein angehörenden Arbeiter werden sogar in ihrem Familienleben einer geheimen Bewachung unterzogen. Auf die

Ueberwachung der Sozialdemokratie

beht sich die Tätigkeit des Frost'schen Bureaus, wie aus dem Gesagten schon hervorgeht, ebenfalls aus. Seitens der Polizei werden alljährlich an das Ministerium des Inneren über die Entwicklung und den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in der Provinz Posen Berichte verfaßt, die teilweise Frost selbst anfertigt, teilweise sich von seinem Agenten, dem gegenwärtig in Berlin tätigen Duffa und dem bereits genannten Muschnski, anfertigen läßt. Diese Berichte enthalten nicht nur Angaben über die sozialdemokratische Entwicklung, sondern beschäftigen sich auch ganz eingehend mit der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Berichte werden auf Grund von Versammlungsprotokollen der überwachenden Polizeibeamten, sowie auf Grund von Berichten der Landräte und meistens auf Grund von Zeitungsausschnitten aus der sozialdemokratischen Presse („Breslauer Volksmacht“, ehemals „Posener Volkszeitung“) angefertigt. Die Zeitungsausschnitte, die in diesem Teile alljährlich mehrere Hundert zählen, bilden überhaupt ein mächtiges Glied in dem Ueberwachungssystem der Frost'schen politischen Polizei. Die Landräte werden in allen außergewöhnlichen Fällen angewiesen, über die einzelnen Vorkommnisse sozialdemokratischen Charakters nach Posen zu berichten und erst von der Posener Zentrale werden in jedem einzelnen Falle die zu beachtenden Direktiven erteilt. Die Landräte führen schwarze Listen derjenigen Arbeiter und Bürger, die sich politisch im sozialdemokratischen oder polnischen Sinne betätigen und auch Listen solcher Bürger, die sich bei der Agitation bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften besonders hervortun. Ebenso werden bei der Posener Polizei schwarze Listen politisch verdächtigter Geistlichen geführt. Alle diese Maßnahmen und die Beobachtung der politisch verdächtigten Personen unterliegen den Agenten des Kriminalkommissarius Paul Frost.

Sozialdemokratische Verräter?

Daß eine solche Beobachtung, die ganz diskret geschieht, sehr unausweichlich sein muß, erhellt ohne weiteres, umso mehr als die bezüglichen Agenten dem Frost, um sich herbeizulassen, manchen Bösen aufzudecken. Leider, so führt Rakowski fort, finden die Herren vom Frost'schen Stabe auch in den Reihen der Sozialdemokraten Verräter. Es ist mir zum Beispiel bekannt, daß bei

Handlungsgehilfe Leo Werner in Posen zusammen mit dem Kolporteur Max Schäfer dem Kommissarius Frost die Korrespondenz zwischen dem Arbeitersekretär Gogolowski in Posen und Stibel in Bromberg für 30 Mark verkauft hatte, ein anderer Kaufmann besorgte schon vor Jahren das Bild von Rosa Luxemburg. Aber auch im Auslande unterhält Frost gut bezahlte Agenten, so zum Beispiel in Warschau den angeblichen Bergsteiger Klegopolski, der in dem dortigen Hauptortland bei P. P. S. eine hervorragende Rolle spielte und dem Frost bei seinen Zusammenkünften in Szrakowo über die neuesten Ereignisse in der Partei Bericht erstattete. Frost verwendet wieder dieses Material für seine russischen Spitzel.

Der Kellner als Spion.

Ein Kellner im Posener „Bazar“ erhält monatlich von der Polizei 200 Mark. Er berichtet über wichtige polnische Versammlungen, verschafft eine Menge von Privatbriefen, die er den Spitzeln entwendet. So hat er während der Besetzung des Erzbischofs von Stabinski einen wichtigen Brief des Erzbischofs Theodorowicz, der an den Fürsten Czartoryski gerichtet und aus Rom batiert war, der Polizei verschafft. Auf Grund dieses Briefes hat die preussische Regierung durch ihren Gesandten im Vatikan sich an den Kardinal Merry del Val gewandt und ihm berichtet, daß Theodorowicz von Lemberg aus großpolnische Agitation in Preußen betreibt und ohne Wissen der Regierung gemeinsam mit Polen die Frage der Besetzung des Posener Erzbischofthrones regelt.

Weitere Polizeihelfer

sind: sechs geheime Polizeidiener, deren Namen nicht genannt werden, ein Buchdruckermeister und „Strafkommissar“. Er hat Rakowski und Frost vertrauliche Rundschreiben der „Straf“ verschafft, namentlich viele (nach Rakowski gefälschte) Rundschreiben der „Straf“ gedruckt. Ein ungenannter Pole verschafft Frost viele Nachrichten und hat zu diesem Zwecke eine besondere Wohnung, Zielona 3, gemietet, wo er mit Frost zusammenkommt. Er war früher Vorsitzender eines polnischen Arbeiterverbandes in Posen. Ferner dient bei Frost ein Pole, gegenwärtig in Charlottenburg, ein Buchhändler, der Sohn eines Gymnasialprofessors, von Beruf Apotheker, ein hervorragendes Mitglied der Solols, verrät alle Sololangelegenheiten, drei Reise-spitzel (auch Polen), die Expedientin Dobrowolska.

Außer dem Bureau des Kommissars Frost befindet sich für oberste polnische Angelegenheiten und Agitation in Posen ein Spezialbureau, das dem Polizeidirektor Zacher unterstellt und dessen Chef Polizeirat Mäbler ist.

Dann gibt es Polen als Polizeispitzel in Berlin: 1. Frau Kober; bei ihr finden Zusammenkünfte der Spitzel statt. 2. ein Kellner des Kellerschen Restaurants, Koppenstraße-Berlin, wo Polen-Versammlungen stattfinden.

Ausländische Spitzel

gibt es in Paris: 1. einen Doktor, Korrespondent, der sich im heutigen Restaurant Jürgens, Faubourg, Polkommiere, aufhält und „La Varenne“ wohnt; 2. ein Handelsmakler (Waltgnolle). Ein ganzer Haufen von Spitzeln, die sich hauptsächlich aus russischen Studenten rekrutiert, steht im Dienste der preussischen Polizei. Die Ziele des Spitzeltums sind nicht allein polnisch-polnische, sondern aus österreichisch-militärische Angelegenheiten.

Außerdem besitzt die Posener Polizei

eine ausländische Wochenschrift

die unter dem Titel: „Gesamtüberblick der polnischen Tagesliteratur“ in 600 Exemplaren erscheint und an die Landräte, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften Ministerialbüros und an die Redaktionen polenfreundlicher Zeitungen versandt wird, welche letztere reichlich aus dieser Quelle schöpfen.

Fast zu allen im Auslande stattfindenden Begebenheiten, die polnischen Charakter haben und sei es nur in einiger Beziehung zur polnischen Bewegung, werden vom Frost'schen Bureau Vertreter entsandt, die dann eingehend zu berichten haben. So werden zum Beispiel die polnischen Festlichkeiten in Krakau, sowie Pfingstausschlüge der Oberstleutnants, die Denkmalsentwürfe, die polnischen Kongresse in Gallzien, dem Reichsgebiet und sogar in den Vereinigten Staaten Nordamerikas von den Agenten Frost scharf überwacht. Ganz besonderes Interesse entwickelt aber die Posener Polizei für die nationalen polnischen Organisationen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Die Berichte über solche Veranstaltungen werden dann, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, in dem „Posener Tagblatt“, der „Schlesischen Zeitung“ und der „Rheinischen Zeitung“ untergebracht. Rakowski will selbst eine vom Polizeidirektor Zacher am Stande eines Berichtes gemachte Bemerkung gelesen haben, daß eine Abschrift dieses Berichtes an das Ministerium des Inneren nach Berlin zu senden sei, damit derselbe auf einen Redaktionsstift irgend eines halbpolnischen Blattes hinderspiele.

So ist für heute. Wir enthalten uns deshalb jeden Kommentars und warten zunächst die Erklärungen der Verantwortlichen ab. Dann werden wir weiter berichten.

Politische Uebersicht.

Die Wahlen von Sachsen und Baden

geben noch immer den Hauptstoff aller politischen Erörterungen ab und der gewaltige Sieg der Sozialdemokratie wird teils mit offener Genugtuung, teils mit heimlicher Freude, teils höchst widerwillig und neigebungen von allen Seiten anerkannt. Die konservative und Zentrums-Prese ist sich einig darin, für die Stichwahlen die Parole der allgemeinen Sammlung gegen die Sozialdemokratie auszugeben, und sie hat auch allen Anlaß dazu, denn sie findet bei der Befolgung dieser Parole ihren parteipolitischen Vorteil. In Baden gehen vorausichtlich alle liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie gegen das Zentrum. In Sachsen wird das als etwas ganz Ungeheuerliches empfunden. Die sogenannten Liberalen werden hier in der Stichwahl alles aufbieten, um die Konservativen zu stärken und die Sozialdemokratie zu schwächen. Wenn man sich auf liberaler Seite auf Willkür der Gegenfälligkeit beruft, so ist das gänzlich unzutreffend, denn daß die Konservativen bei den Stichwahlen die Liberalen gegenüber den Sozialdemokraten herauszuheben, erfordert ihr eigenes Lebensinteresse. Umgekehrt müßten die Liberalen, wenn es ihnen wirklich darauf ankäme, in Sachsen liberal zu regieren, sich in einer starken sozialdemokratischen Fraktion einen Rückhalt im Kampfe gegen die Konservativen zu schaffen suchen. Die „Gefahr“ einer sozialdemokratischen Mehrheit bliebe ja auch dann ausgeschlossen, da das Zustandekommen einer solchen durch die Haltung der Konservativen ohnehin verhindert wird.

Wenn die sächsischen Liberalen ihren glorreichen Traditionen entsprechend, bei den Stichwahlen für die Konservativen eintreten, dann werden sie dadurch allerdings der Sozialdemokratie eine ganze Reihe von Wahlkreisen entreißen, und aber den besseren Teil ihrer Wähler dabei in die Arme treiben. Unsere Partei sieht in Stichwahl: 19 Mal mit Konservativen, 27 Mal mit Nationalliberalen und 7 Mal mit Freisinnigen. Die Stichwahlen werden sich von Mittwoch dieser Woche bis zum Donnerstag der nächsten hinziehen. Mit der Maßgabe, daß zuerst alle Wahlen stattfinden, bei denen die Aussichten für unsere Partei ungünstig sind. Man wird sich also auf die obligaten „Siege-telegramme“ aus Leipzig hin, gefaßt machen müssen, um den „schlechten Eindruck“ des Hauptwahltags etwas zu mildern.

Zu den badischen Wahlen ist besonders eine Aeußerung der „Germania“ interessant, die aus der Angst vor einem neuen Zusammenschluß der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen geboren ist. Die „Germania“ appelliert sogar an die badische Regierung um Wahlhilfe, wenn sie schreibt:

„In einem offenen Bündnis, wie 1906, wird es diesmal ja wohl nicht kommen, denn die Verhältnisse sind heute in Baden anders als vor vier Jahren, da ein Minister der Hauptmittwirkende bei dem blau-roten Bündnis war. Heute, nach dem Thronwechsel, dürfen die „staatsfeindlichen“ Nationalliberalen, ohne nach oben in Ungnade zu fallen, dergleichen kaum wagen. Aber wenn ein förmliches offizielles Bündnis; die Ideenvergemeinschaft zwischen Liberalen und Sozialisten führt beide zusammen und wird dieselbe Zwecke bringen, wie im Oktober 1906, um so mehr, als ja beide ein Geschäft dabei machen. Freilich könnte es, ge. an Erreichten der Nationalliberalen, vielleicht auch anders kommen; möglich, daß das unheimliche Anwachsen der Sozialdemokratie die liberale Regierung zum Nachdenken darüber bringt, wohin es schließlich in Baden kommen muß, wenn es so weiter geht — ob dann nicht am Ende die Platen des „roten Meeres“ alles, auch die Regierung wegschwemmen werden. Und die Folge dieses Nachdenkens könnte dann vielleicht ein Bündnis „von oben“ an die Nationalliberalen sein, sich, wenn sie fernhin noch Regierungspartei bleiben wollen, nicht allzu sehr für die roten Genossen zu engagieren.“

Was die badische Regierung tun und lassen wird, das warten wir ab. Aber die badischen Liberalen müßten Ziel sein, meint das „Berliner Tagebl.“, wenn sie nicht Anschluß nach links suchen.

Das haben sie denn auch eingesehen. Das Großblockabkommen ist auf folgender Grundlage bereits zustande gekommen:

Die Blockparteien stimmen für die Sozialdemokraten in den Kreisen Schönbühl-Schnau, Freiburg II, Durlach-Land, Bruchsal-Land, Heidelberg-Land, Schwäbigen.

Die Sozialdemokratie stimmt für die Nationalliberalen in den Kreisen Westrich-Blodach, Ergen-Konstanz, Donaueschingen, Eddingen, Freiburg I, Freiburg III, Emmenlingen, Baden-Stadt, Breiten-Bruchsal, Eittingen, Mobsach, Vogelsberg-Abelsheim.

Die Sozialdemokratie stimmt für die Demokraten in den Kreisen: Konstanz, Teiberg-Wollach, Lahr-Land, Offenburg, Rastatt, Bruchsal-Stadt.

Ausgekämpft wird der Kampf zwischen den Blockparteien und der Sozialdemokratie in den Kreisen: Lörrach-Stadt, Lörrach-Land, Lahr-Stadt, Karlsruhe-Land, Karlsruhe II, Karlsruhe III, Pforzheim I, Mannheim IV, Heidelberg I, Heidelberg II, Heidelberg-Ebersbach.

Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichte vorher einen Artikel, der erkennen läßt, daß der Regierung des liberalen Ministerpräsidenten ob des Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen der Schreck stark in die Glieder gefahren ist. Sie suchte für die Stichwahlen eine antisozialdemokratische Koalition für die bürgerlichen Parteien herbeizuführen und läßt deshalb verstanden:

Es drängt sich dem nächstbenannten Beobachter die Frage auf, ob nicht durch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien mit Erfolg der Sozialdemokratie entgegengetreten werden könnte, und daß auf die von der nationalliberalen Partei von einem Großblockabkommen erhoffte Vermehrung ihrer Mandate verzichtet werden müßte. Bei der scharfen gegenwärtigen Stellung, welche die nationalliberale Partei auch noch im jetzigen Wahlkampf gegenüber der Sozialdemokratie eingenommen, dürfte anzunehmen sein, daß bei der nationalliberalen Parteilidura der Gedanke eines Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, wenn zu einem solchen Zusammengehen auf der anderen Seite Geneigtheit bestände, nicht von vornherein eine glatte Ablehnung erfährt.

Diese „andere Seite“ ist das Zentrum, und es wurde auch bereits eine allerdings später widerrufenen Meldung kolportiert, der Zentrumsführer Lehner habe sich an die Parteilidura der Nationalliberalen um gegenseitige Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie gewendet. Diese schöne Rechnung des Regierungsorgans hat nur das eine Loch, daß sie nicht in die Wirklichkeit übertragen werden kann, denn die Nationalliberalen stehen in mehr Stichwahlen gegen das Zentrum, als gegen die Sozialdemokratie. Zudem ist die Sache nun auch vorbei, das Kompromiß gegen das Zentrum ist geschlossen.

Eine spätere Meldung über die Zahl der abgegebenen Stimmen besagt noch, daß der liberale Block nur 96.244 Stimmen erhalten habe, also 9000 weniger als vor vier Jahren und 11.000 weniger als gestern irrtümlich angegeben war.

Helber Jubel, berechtigter Jubel herrscht bei den Genossen des Kreises Coburg über ihren glänzenden Sieg. Unser dortiges Parteiorgan schreibt:

Frei und stolz flattert das rote Banner von der alten Coburger Feste. Es ist unserm kräftigen Anführer gelungen, den Liberalismus aus seiner alten Position herauszuwerfen. Das war aber auch ein frisch-fröhlicher Krieg. Zunächst unter Erfolg bei der Hauptwahl. 2000 Stimmen zugenommen. Wenige hundert Stimmen hätten uns gelehrt, um den Sieg können zu können. Nun fanden sich die Liberalen aller Schattierungen zusammen, um uns das Mandat streitig zu machen.

Seitens der hiesigen „alten“ Coburger Epicheer wurde alles mögliche versucht, um den Sieg an die Fahne des „Heimatlandkandidaten“ zu heften. Schutzveranstaltungen, Aufforderungen an die Mitglieder der Arbeitervereine, Einwirkungen auf Beamte, Angestellte und Arbeiter, jedes Mittel wurde versucht. Ja, man schaute sich nicht, eine ganze Kompanie Reichswehrbänder nach Coburg zu dirigieren, um die Sozialdemokratie totzuschlagen.

Die Verleumdungen gegen unsere Partei wählten sich Schlammstuten gleich durch das Land. Die persönliche Verunglimpfung unseres Kandidaten überstieg alles bisher Dagewesene. — Alles umsonst!

Und erst am Wahltag! Beamte in Zivil, Schüler der Mittelschulen, Kaufmannsjünglinge usw., mußten als Wahlhelfer herhalten.

Die freisinnigen Wähler gingen in hellen Scharen zu den

Nationalliberalen über, damit der Parole ihrer „Führer“ folgten. Und trotzdem Sieg glänzender Sieg!

Soll die haben aber auch unsere Genossen gearbeitet. Tag und Nacht waren sie unermüdet tätig. Tugende von Verleumdungen fanden täglich statt. Thüringische und bayerische Redner waren in großer Zahl tätig. Der Feind wurde überall aufgeföhrt, verfolgt und zur Strecke gebracht. Mit den Reichswehrbandschwärzlingen, die oft mit einer Jungenfertigkeit aber auch mit einer Unberührtheit überlegten das Blaue vom Himmel herunterzuschwindelten, wurde besonders gründlich abgerechnet.

Von den bekannteren Genossen waren Lebebour, Bod, Noske, Dr. Weiß, Hofmann, Wabert, Weber, Dr. Quard, Schmitt, Nollwagen, Nollhauer, Wächter, Wehder und noch mancher andere im Kreise tätig. Unsere Genossen setzten unsern Quard dem nationalliberalen Quard entgegen und siehe da — der unfrige war stärker.

Der Vorentwurf zum neuen Reichsstrafgesetzbuch ist jetzt erschienen. Das bayerische Mitglied der Kommission, Oberlandesgerichtsrat Meyer-München, gibt einiges aus dem Inhalt in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ bekannt.

Der Entwurf zählt 810 Paragraphen, gegenüber 870 des bisherigen Strafgesetzbuches. Durch die veränderte Dekonomie des Gesetzes, die knappere Ausdrucksweise und die Beschränkung der Kasuistik sind im besonderen Teile 80 Paragraphen gespart worden. Dieser wie der allgemeine Teil haben eine vollständige Neuordnung erhalten. Der Entwurf geht hierbei von der grundsätzlichen Ansicht aus, daß ein neues allgemeines Strafgesetz nur den Kern aller bestehenden strafgesetzbüchlichen Vorschriften enthalten soll. Deshalb sind nur einzelne Nebengesetze oder Strafbestimmungen einbezogen.

Der Entwurf verpflichtet sich nicht auf eine bestimmte Strafrechtstheorie, er vertieft den Unterschied zwischen Zuchthaus- und Gefängnisstrafe durch die Aufnahme von Bestimmungen über den Vollzug dieser Freiheitsstrafen; reformiert die Geldstrafe insbesondere durch Zulassung von Zahlungsfrist, Ratenzahlungen und des Abzuhaltens durch freie Arbeit; bezieht den Verweis auf Erwachsene aus und führt die Maßnahmen des Arbeitshauses, des Wirtshausverbots und der Unterbringung in Trinkerheilanstalten und der Verwahrung gemeingefährlicher Geisteskranker ein. Der Entwurf schlägt weiter die Einführung der richterlichen bedingten Strafaussetzung (bedingte Verurteilung) und der richterlichen Rehabilitation in der doppelten Form der Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte und der Löschung von Vorstrafen im Strafregister vor. Er enthält einige Abschnitte über die subjektive Verjährung und über die Strafbemessung, in denen namentlich der Rückfall allgemein geregelt ist. Es wird ferner die besondere strafrechtliche Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen vorgeschrieben und das Jugendstrafrecht insbesondere durch Hinaufrückung der Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr und durch die Aufgabe des viel angefochtenen Einjährigvorberufes geändert.

In der Formulierung des Tatbestandes weicht der Vorentwurf von der Stareit der bestehenden Strafbestimmungen ab. In zahlreichen Fällen droht er neben Gefängnis auch Haft- oder Geldstrafe an, und läßt namentlich die politischen Delikten neben Gefängnis auch Haft zu. Der Entwurf ermöglicht dem Richter eine größere Individualisierung des einzelnen Falles. In besonders leichten Fällen sieht dem Richter ein unbeschränktes Strafmilderungsrecht zu, in anderen Fällen wieder erhält er das Recht, von Strafen überhaupt abzusehen. Eine berartige Strafbefreiungsmöglichkeit besteht beim Strafrechtsirrtum, bei den vermindert Zurechnungsfähigen, beim strafbaren Nothwehr-Ergeb, bei den Jugendlichen, beim Versuch, bei der Beihilfe, bei der falschen unethischen Aussage, bei der leichten Körperverletzung und der Verleumdung, bei der Entwendung und schließlich bei allen Übertretungen. Grundsätzlich ist die unverkürzte Anrechnung der erlittenen Unternehmungshaft vorgeschrieben. Der Tatbestand

Victoria.

Roman von Minna Kanitz.

28] Sein Bild streifte den Stuhl, auf dem sein Werkzeug noch zusammengedrückt lag, und jetzt war er mit einem Saße dabei und begann, es auseinanderzunehmen und alles zurechtzuliegen.

Wald darauf hatte er das Haus verlassen, bedeckt mit jenem Malergemälde, wie in jenen Tagen, wo er, ein armer Schüler der Akademie, hier seine ersten Studien nach der Natur gemacht. Und wie er so in den sonnigen Morgen dahinschritt, kam ihm auch wieder die jugendlich-jongleie Stimmung zurück, deren er sich damals erfreute. Er schritt rasch aus und pfliff vor sich hin. Er hatte die Absicht, den weiten Weg nach der Enge anzutreten, nachdem er aber zehn Minuten im Sonnenschein gewandelt war, mußte er innehalten, um seine Stirne zu trocken. Er fand die Enge ganz ungewöhnlich und war überdies so lächerlich beladen. Herr Ostwald war doch etwas bequem geworden und jetzt hüpfte die Antriebsmaschine entzöhnt. Er hielt gerade vor einem Häuschen, das an dieser mit Weinreben besetzten Straße stand, und hoffte hier jemand zu finden, der ihm Schirm, Selbstgefäß und Stoffeile nachtragen sollte. Er öffnete die Tür und befand sich in einem bunten Flur, der von dem verschiedenartigsten Geruch angefüllt war. Ein scharfer Geruch von Lauge und Seife machte sich bemerkbar, und als er jetzt über ein Holzgefäß schritt, das mit ausgewaschenen Wäscheputzen angefüllt war, konnte er über den Geruch, der hier ausgeübt ward, nicht länger im stillen sein.

Er befand sich bei einer Wäscherin und sah sich nach ihr um. Sein Blick fiel auf eine weit offen stehende Tür in ein Zimmer, in dem die gewöhnlichste Unordnung herrschte, wie er sich auf den ersten Blick überzeugen konnte. Auf einem Tisch stand das verschiedenartigste Geschirr und Gerat wie durcheinander, auf dem Stühlen und selbst auf dem Boden lagen Kleidungsstücke und allerlei Lappen unordentlich hingeworfen, die Wäscherin eines Raumes, die Küche und Schürzen einer Frau. Die Betten waren noch nicht gemacht, und in den durchwühlten farbigen Koffern hatte sich eine große Menge desglücklich niedergelassen, die den Fremdling mit leuchtenden Augen ansah.

Er machte sich nichts Lebendes bemerkbar. Ostwald hatte dieses wenig einladende Interieur rasch verlassen, und als er wieder in den bunten Flur trat, bemerkte er, daß eine kleine Tür, die nach dem Hofe führte, nur angelehnt war und einen breiten Streifen Sonnenlicht hereinließ, in dem die Schatten eines draußen befindlichen Gebüßes unruhig hin- und hergingen. Ostwald wand unentschlossen, sollte er da hinaus-

oder den Rückzug antreten? Schon wollte er sich für das Letztere entscheiden, da berührte ein leiser Ton, der wie ein Seufzer klang, sein Ohr. Rasch wendete er sich um. Was war das, moher kam das? Niemand war zu sehen, und jetzt abermals ein kurz herausgehobener Ton der Klage. Er bemerkte eine niedere Kommode mit Schubladen und darauf einen Gegenstand in buntem Lächer gewickelt.

Es schien eine Gestalt darunter zu stehen, und in der Tat, ein kleiner, zerlöst gekrümmter Fuß hob sich jetzt daraus hervor und wurde bis zum Knöchel sichtbar. Neugierig trat er näher. Die Formen dieses Körpers waren nicht zu unerkennen, und der Kopf war in die Lächer hineingewöhlt. Die kleine Person schien zu schlafen. Aber warum suchte sie sich keinen geeigneteren Platz dazu aus? Auf dem hohen Stuhl lag sie, die Hüfte gegen die Brust heraufgezogen und bei jeder Bewegung in Gefahr, herunterzufallen; und da schloß sie so in den hellen Morgen hinein, unbekümmert um die Unordnung und die angefangene Arbeit um sie herum. Es schien ihm etwas Kührendes in dieser Trägheit zu liegen.

Jetzt wurde die etwas geöffnete Türöffnung vollständig aufgehoßen, und die Wäscherin kam herein.

Die Wäscherin sah noch weniger befähigter aus, als es sonst ihre Gewohnheit war. Das Haar war ungekämmt, und die gepörrt getrauten Löcher fanden heute in widerwilligen Strömungen nach allen Seiten vom Kopfe ab, die Röde waren heraufgenommen, die Hemdsärmel zurückgeschlagen, und die von Rasse tiefende Schürze reichte fast bis zu den Knöcheln hinab. Mit dem aufgewickelten Häubchen, deren Haut sich in unzählige weiße Runzeln legte, griff sie nach einem leeren Korbe und wollte damit wieder hinaus, als eine Bewegung Ostwalds sie nach seiner Seite blickte ließ.

„Jesus, Maria und Josef!“ schrie sie und ließ den Korb fallen.

Ostwald trat auf sie zu und entschuldigte sich wegen seines Eintritts.

„Nein, wie ich erschrocken bin“, sagte sie, dem seinen schmutzen Herrn loten zuzusehen, „wenn man mich stehen tät, ich glaub, ich tät keinen Tropfen Blut geben.“

Er sagte ihr, daß er einen Träger wünsche.

„Jesus, wenn nur nicht Freitag wäre, ich ging gleich selber mit dem gnädigen Herrn.“

Er hielt wie in Abwehr die Hand vor. „Gewahrte, ist kein Kind hier?“

Sie hüpfte in Verschämtheit einen Schritt zurück. „Aber, gnädiger Herr, was glauben's denn, woher denn? Ich hab nie ein Kind gehabt.“

Kommode. „Was ist's mit der da? Aber sehen Sie, sie bewegt sich, sie wird herabfallen.“ Er trat näher.

„Uff! Komme beide Arme in die Hüfte und stieß einen Ruf des Unwillens aus.“

„Jetzt hat die Franzel richtig die Fabrik verdrümt!“

Sie hatte sie pünktlich aufgeweckt und tüchtig geschüttelt, dann war sie zum Dach gegangen und hatte keine Zeit mehr geüunden, sich nach ihr umzusehen, und so war das saule, pflichtvergeßene Ding wieder eingeschlagen.

Sie wollte auf sie los, Ostwald jedoch hielt sie zurück. „Das Mädchen hat doch nicht die ganze Nacht hier geschlafen?“

„Ach, die schläft einmal da und einmal dort, wie es ihr grad einfällt.“

„Und weshalb?“

„Aus purem Eigennutz. Sie hat bei uns im Zimmer ihr Bett, aber wenn der meinte manchmal spasshaft wird, na ja — die Männer — man hat keine Ruh vor ihnen — da nimmt's ihr Koffer und läuft hinaus; metnehwegen, wenn's ihr da lieber ist!“

Auch Ostwald war es, als müsse er rasch hinauskommen. Es war ein Peßhauch von Staub und Verkommenheit, was ihm da entgegenwehte.

„Ich kann jeder Hilfe entbehren“, sagte er, die Hand nach seinem Werkzeug ausstreckend.

Sie wehrte ab. „Aber warum nicht gar, das wär nicht fidel — lassen's nur, die Franzel hat Zeit, in die Fabrik kommt sie heut nimmer.“

„Nein, ich danke.“

„Aber, gnädiger Herr, Sie werden dem armen Mädel doch was verdienen lassen.“

Sie lächelte so jubelnd; er ging rasch gegen die Tür. „Sie soll es mir nachbringen“, sagte er kurz.

„Wohin denn, gnädiger Herr?“

„Nach dem Hofe der Ruine Katernberg.“ Er hatte nicht mehr Lust, nach der Enge zu gehen.

Er nahm seinen Koffer aus und entfernte sich nach kurzem Gruß, ohne einen Blick nach der Schlaftrine zu werfen, die erzwacht war und sich aufgesetzt hatte, und noch immer in Lächer gefüllt, mit großen, schlaftrunkenen Augen ihm nachsah.

Der Weg zur Ruine ging steil aufwärts. Nach einer halben Stunde durchschritt Ostwald das weite Schloßtor, das keine Tür mehr hatte, und fand sich zwischen der äußeren Burgmauer und einem Turm ohne Dach, der vielfache Risse und Löcher zeigte. Ein starker Sturm, meinte man, müsse seinen Zusammensturz herbeiföhren.

Ostwald ging unbekümmert daran vorüber und befand sich bald in dem weiten Hof mit den roten Fassaden. (Fort.)

der Verfassung in eingeeignet. Zum Schutze der Arbeiter in lebensgefährlichen Betrieben ist eine besondere Strafbestimmung gegen die Befestigung oder Nichtanbringung von Schutzhelmen vorgesehn. Eine harte strafrechtliche Repression gegen die Trunksucht ist vorgeschlagen. (Außer Wirtshausverbot und Unterbringung in einer Trinker-Heilanstalt auch besonders strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Bewusstlosigkeit infolge selbstverschuldeten Trunkens und Strafbestimmungen gegen die gefährliche und grobe Trunksucht und gegen die Uebertretung des Wirtshausverbots.) Der Begriff des Notstands ist erweitert, die Strafbestimmung wegen Verstoßes möglich, wenn das Vorliegen einer Notlage nachgewiesen wird. Die Nahrungsmittelverfälschung des § 370 Nr. 5 St.-G.-B. ist zu einem Sonderatbestand (Entwendung oder Unterschlagung von Sachen von geringem Werte aus Not usw.) ausgestaltet. Das Institut der Polizeiaufsicht ist aufgegeben. Unter bestimmten, eng begrenzten Voraussetzungen soll das Gericht auf Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erkennen dürfen.

Aus den einzelnen Bestimmungen des besonderen Teiles ist hervorzuheben, daß der Begriff des groben Unfugs aufgegeben und in Einzelhandlungen aufgelöst ist. Die Todesstrafe wird — leider — beibehalten.

Lebensschicksal. In einem langen Artikel redet die Junkerlich-konservative „Kreuzzeitung“ den Liberalen zu, endlich den Hader aufzugeben und wieder unter die Fittiche der Konservativen zurückzukehren. Das Junkerblatt will ihnen diesen Schritt erleichtern, indem es folgendes Bekenntnis ablegt:

„Wir geben zu, daß die Konservativen in vollem Bewußtsein die Verantwortung für die Reichsfinanzreform auf sich genommen haben, obwohl sie wissen, daß das Bewußtsein von Steuern und von dem, was Steuern in einer Hinsicht noch niemals dagewesenen Maße an unpopulärer Sache ist, und obwohl es klar am Tage lag, daß die Sozialdemokraten dadurch einen Agitationsstoff bekamen, wie sie ihn sonst nicht wünschen konnten. Wir geben auch zu, wie wir es stets getan haben, bereitwillig an, daß die nunmehr Geleit gewordene Reichsfinanzreform keineswegs allen gerechten Anforderungen entspricht, sondern daß sie in manchen Stellen hätte besser gemacht werden können. Und somit waren wir uns auch wohl bewußt, daß unserer Partei diese Erfahrungen wegen ihres systematischen Verhaltens in dieser unpopulären gewordenen Finanzfrage nicht erspart werden würden.“

Daran schließt sich dann die Frage, was denn den Liberalen ihr jetziges Verhalten eingebracht habe. In Sachen sei es zwar gelungen, die Konservativen zurückzudrängen, dafür habe man die Sozialdemokraten eingetauscht. Das könne doch nicht die Absicht der Liberalen gewesen sein! Was mit dem fortwährenden Rufe: „Keine neuen Steuern“ zu erreichen sei, das beweisen die Freisinnigen, die mit dieser Parole immer kleiner und kleiner geworden sind, während die Sozialdemokraten größer und größer wurden. Der Artikel schließt dann:

„Wann also immer wieder scheltend und bedauernd zurückblicken! Das ist doch nicht liberale Art! Vorwärts gerichtet den Blick auf positive Ziele, die alten Fehler erkennen und keine neue hinzumachen: das ist die „Forderung des Tages“ für alle bürgerlichen Parteien.“

Durch ihre Mißerfolge in Sachen, in Baden und in Koburg sind die Liberalen mürbe geworden; wie lange noch — und die feindlichen, bürgerlichen Brüder liegen sich wieder geführt in den Armen, bereit, neue Niederträchtigkeiten am Volke zu begehen.

Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sind unsere letzten Wählerolge doch in die Glieder gefahren. Er rafft sich zu einer großen nationalen Tat auf und sendet an die bürgerliche Presse einen Aufruf, in dem er an alle seine Mitglieder und Organisationen den dringenden Ruf zur Verhinderung im Streite der Parteien ertönen läßt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Der Streit um die Art der Lösung der Reichsfinanzreform durchdringt noch heute die weitesten Schichten des deutschen Volkes. Die stärkste Fehde innerhalb der bürgerlichen Parteien muß jedoch beendet werden, wenn nicht die ganze nationale Arbeit ruhen, wenn nicht als lachende Dritte die Sozialdemokratie, der Feind der bürgerlichen Gesellschaft, aus dieser Verwirrung dauernden Gewinn ziehen soll.“

Die letzten Landtagswahlen zum Reichstag und verschiedene Landtagswahlen haben gezeigt, wie infolge der bürgerlichen Uneinigkeit die Saat der sozialdemokratischen Behauptung spitzer emporkriecht denn je, wie wieder eine Reichsverschuldung Platz zu greifen droht, die man schon überwinden glaubte. Das dieser Zustand eine Wendung erährt, ist die Sehnsucht und Hoffnung aller Patrioten nicht rückzusehen. Nicht, sondern zielbewußter Arbeit an den großen nationalen Aufgaben muß künftig das Streben aller staatserbaltenden Parteien und des gesamten deutschen Bürgeriums gewidmet sein.“

Daß die Fehde innerhalb der bürgerlichen Parteien den Vorwärts unserer Partei besonders begünstigt hat, ist sicher ein Trugschluß. Die „staatserbaltenden“ Parteien sind einiger denn je. Deshalb ist das Zusammenblafen der Reichsverbandsgarde auch völlig beplatzert. Wohl aber zittert der Unwille über die maßlose Steuerbedrückung durch die Schichten des arbeitenden Volkes, und diese Aufrüttelung des Volkes wird den Reichsverbändlern sicher noch manchen Denkfetzel geben.

Der neue Staatssekretär des Reichsjustizamtes. An Stelle des aus seinem Amte geschiedenen Staatssekretärs Dr. Nieberding hat der Kaiser den Präsidenten des Kammergerichts, Wirklichen Geheimen Oberjustizrat Dr. Lisso, ernannt.

Ferrers-Rundgebungen fanden nachträglich in Leipzig und Dortmund statt. In Leipzig war die Verammlung von der Sozialdemokratie einbraten. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung nahm eine scharfe Protest-Resolution an. Die Dortmunder Verammlung ging von den Freidemokraten, der Demokratischen Vereinigung und der Sozialdemokratischen Partei aus. 6000 Personen hatten sich eingefunden. Auch hier wurde eine Protest-Resolution gefaßt.

Die Berliner Demokratische Vereinigung hatte zu Freitag Abend zwei öffentliche Volksversammlungen einberufen, zu welchen die Herren Dr. Rudolf Breitscheid und Oberst z. D. Gaebele über die bevorstehenden Landtagswahlen referierten. An der Diskussion beteiligten sich auch die sozialdemokratischen Kandidaten Seymann, Borjmann und Hoffmann. Beide Versammlungen, die sich eines guten Besuchs erfreuten, nahmen einstimmig folgende Resolution an: „Die von der Demokratischen Vereinigung erlassene Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß endlich liberale Elemente nicht die Hand dazu bieten, daß den Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Landtagswahlen zum preussischen Land-

tagsparlament die hier Wankende, die sie bei den Landtagswahlen errungen haben, wieder entziehen werden. Sie erachtet die Art und Weise, in der die Freisinnige Volkspartei bei der Raffierung der Wahlen vorgegangen ist, für unzulässig und erwartet, daß die Wähler diese kurzschichtige und engherzige Mandatspolitik nicht unterstützen werden.“

Die Mitglieder der Demokratischen Vereinigung insbesondere fordern sie auf, ihre Stimmen für die sozialdemokratischen Wahlmänner abzugeben, ohne Rücksicht auf die Differenzen, die sie von den politischen und wirtschaftlichen Auffassungen und Endzielen der Sozialdemokratie trennen. Sie ist überzeugt, daß diese Abstimmung zugleich eine wirkungsvolle Demonstration für die Einführung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen bedeutet.“

Stichtagsmäßig erklärt der „Demokrat“ folgenden Aufruf: „Wir erwarten, daß alle Mitglieder der Demokratischen Vereinigung im Sinne dieser Resolution handeln werden. Wer es wegen seiner Stellung als Beamter oder seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit für unmöglich hält, für die sozialdemokratischen Wahlmänner zu stimmen, der tut am besten, am Wahltage zu Hause zu bleiben.“

Schillerfeier der Arbeiter und die Dortmunder Stadtverwaltung. Die Dortmunder Arbeiterklasse beabsichtigte, am 10. November, dem 150. Geburtstag Schillers, eine Schillerfeier in archaischer Stil zu arrangieren. Der Vorsitzende der Dortmunder Stadtverordneten hatten unter Zustimmung der Direktion ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt. Bei anderen derartigen Veranstaltungen ist von der städtischen Theater-Deputation noch niemals Einspruch gegen die Beteiligung von Theatermitgliedern erhoben. Die Bildungscommission der freien Gewerkschaften erhielt jedoch in diesem Falle von der Theater-Deputation, deren Vorsitzender der bekannte Schattmacher Oberlehrermeister Schmieding ist, die Nachricht, daß die Mitglieder des Stadttheaters zu Veranstaltungen von politischen Vereinen (1) nicht herangezogen werden sollen. Die Dortmunder Theater-Deputation, die sich aus Mitgliedern des Dortmunder Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums zusammensetzt, hat mit dieser neuesten Entscheidung lebhaft unzufrieden, daß sie einer der allerschändlichsten Selbstverwahrlosungen angehöre. Dasselbe Deputation hat vor Jahren auch schon eine im Einzelnen mit der Direktion veranlagte Theateraufführung für Arbeiter der freien Gewerkschaften im letzten Augenblicke inhibiert. Trotz des Spottes, den selbst die „Reinische Zeitung“ bei dieser Gelegenheit in reichlichem Maße über die Dortmunder Theaterdeputation ansetzte, haben die Herren nicht das mindeste gelernt. In allen anderen Städten des Industriegebietes sind längst seit Jahren Arbeiteraufführungen für die freien Gewerkschaften statt. Das man ausgerechnet auf die Motivierung, die Bildungscommission der freien Gewerkschaften sei ein politischer Verein, verfallt, ist ein derartig dummer Einwand, daß ein anderer Mensch wirklich nicht bei ihnen werden kann. Wenn Dortmund in dieser Hinsicht überhaupt noch etwas an Ruf zu verlieren hätte, dann würde ihm sicherlich diese Ruhezeit der Theaterdeputation den letzten Rest gegeben haben. Heutzutage haben sich jedoch Künstler des Düsselborscher Stadttheaters bereit erklärt, bei der Dortmunder Schillerfeier mitzuwirken, so daß die von der Dortmunder Stadtverwaltung beabsichtigte Verhinderung der Schillerfeier dennoch einen Schlag ins Wasser bedeutet.

Ein Verammlungsverbot in Hamburg. Die Hamburger Polizeibehörde verbot dem sozialdemokratischen Verein für den zweiten Hamburger Reichstagswahlkreis die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die indirekten Steuern; 2. Der Justizmord an Francisco Ferrer in Spanien, die für Montag Abend auf dem Heiligen Geistfeld unter freiem Himmel angemeldet war. Als Grund für das Verammlungsverbot gab die Polizei „Befürchtung der öffentlichen Ordnung“ an. Die Verammlung sollte erst im Cablissement Saagebiel stattfinden, das vor acht Tagen anlagte, in letzter Stunde aber verweigert wurde. — Das „frei“ Hamburg!

Der Wahlkampf in Halle. Die bürgerlichen Parteien, „Bund der Landwirte“, Konservativen und Nationalliberals, leisten dem Freisinn nicht nur Wahlhilfe, sondern sie sind auch zumeisten des Freisinn in die Agitation eingetreten. In ihren Wahlkreisen versichern sie, daß von dem freisinnigen Kandidaten Helmann ein Verzicht auf seine parteiilichen Grundsätze weder gefordert, noch geboten worden sei.

Mit den freisinnigen Grundätzen ist das heutige so eine eigene Sache. Was man nicht hat, auf das kann man eben nicht verzichten, noch weniger kann man einen Verzicht anbieten. Der Freisinn ist lang, seit den Postentlohnwahlen aber ganz sinnlos, aus Partei der politischen und sozialistischen geworden.

Nationale Arbeiter gegen den Hansabund. Der sozialpolitische Ausschuss des „nationalen Rates der Hausbauanstalten“ in Leipzig nahm in einer Sitzung eine Resolution an, in der das Kartell erklärt, es erblicke in dem Hansabund einen Feind des sozialen Fortschritts und warne deshalb seine Mitglieder vor dem Eintritt in den Bund.

Stillschließenschnüffler. Am Montag früh hat die Münchener Polizei bei dem berühmten „Simplicissimus“-Zeichner und Leiter der Langen'schen Verlagsanstalt Th. Th. Heine Hanssuchung abgehalten. Es handelt sich um ein auf Subskription herausgegebenes Werk „Der Phönix“. Das Vorgehen der Polizei erfolgte auf dringendes Ersuchen der Stillschließenschnüffler, da „Der Phönix“ sich angeblich als ein äußerst unflüchtiges Werk darstelle. Der Prozeß in dieser Angelegenheit kann sehr interessant werden.

Herr Schatz bleibt Abgeordneter. Der Reichstagsabgeordnete Schatz hat es, nachdem die drei jungen Damen ihre Strafanträge wegen Verleumdung in der Triole-Affäre zurückgezogen haben, abgelehnt, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Der neue § 175. Der § 175 des Strafgesetzbuches wird im neuen Entwurf folgende Fassung erhalten: „Die widerrechtliche Unzucht mit einer Person gleichen Geschlechts wird mit Gefängnis bestraft. Ist die Tat unter Mißbrauch eines durch Amt- oder Dienstgewalt oder in ähnlicher Weise begründeten Abhängigkeitsverhältnisses begangen, so tritt Zuchthaus bis zu 3 Jahren, bei anderwärts Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten ein. Dasselbe Strafe trifft denjenigen, der aus dem Betriebe der widerrechtlichen Unzucht ein Gewerbe macht. Die Unzucht mit Tieren wird mit Gefängnis bestraft.“

Verfassung über Steuerbefreiung der Selbstbeamten. Am 24. Oktober, war in Berlin der Hauptauschuss für die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privat angestellten v. rammelt. Er richtete im Auftrag von 43 Delegierten mit 70000 Mitgliedern an den Bundesrat die Bitte, zu leicht mit der Reichsversicherungsordnung eine Gesetzesvorlage über die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung aller Privatangestellten dem Reichstage zugehen zu lassen.

Ein Münchener Polizeimitglied. Bei 14 Mitgliedern des Freidemokratischen in München sind Handlungen abgehalten worden wegen Verstoßes der Ehrlichkeit an dem anlässlich der Münchener Ferrer-Demonstration begangenen „strafbaren Handlungen“. Als Folge der Demonstration wird demnach von der Münchener Polizei die Sprengstoffaffäre angeklagt, die sich zufällig in der Nacht zum 21. Oktober nach der Ferrer-Verammlung des Münchener Freidemokratenvereins zugezogen hat. Der Täter, der 18-jährige beschränkte Tagelöhner Kellner, hat sich in einem neuerlichen Verhör als „Anarchist“ bezeichnet. Fünf Personen, darunter der „Agitator“ Schütz und eine Frauensperson und drei junge Burken im Alter von 17 bis 20 Jahren, haben ihm nach seinen Angaben ihre Ideen beigebracht und ihn auch zu dieser Tat verführt. Alle fünf Personen wurden verhaftet. Der sehr beschränkte Kellner wird in der Landbestimmungsanstalt Galling auf seinen Geisteszustand hin beobachtet werden und dann später dem Jugendgerichtshof oder einer Irrenanstalt übergeben werden.

Ausland

Die Zarenreise nach Italien.

Die Zusammenkünfte des Zaren mit den Oberhäuptern der europäischen Staaten sind in den letzten zwei Jahren zu einer gemeingefährlichen Erscheinung geworden. Wo immer der Zar erscheint, oder wenn er in den künftigen Gewächsen oder in Rhadria empfängt, überall werden neue diplomatische Gangruben gelegt, Verbindungen angeknüpft, neue Fäden gesponnen, die die Interessen der Völker bedrohen. Die zunehmende Spannung in Europa, die vor allem durch den deutsch-englischen Gegensatz hervorgerufen ist, gibt Russland Gelegenheit, aktiv in die europäische Politik einzugreifen, und verleiht ihm einen Einfluß, der seiner wirklichen Macht keineswegs entspricht. Und die Zarenregierung, die sich im Innern nicht mehr durch die Revolution bedroht sieht, sucht diese Situation in Europa mit derselben Raffinesse aus, wie die russischen Zaren im 18. und 19. Jahrhundert die Kämpfe und Gegensätze der westeuropäischen Staaten zur Festigung ihrer Macht und Ausbreitung ihres Territoriums ausnützten.

Dieses Mal gilt der Zarenzuch Italien. Die offiziellen Organe in Russland und Italien, und mit ihnen die gesamte bürgerliche Presse, messen diesem Besuche eine ungeheure Bedeutung bei. Namentlich treffend charakterisiert die gemäßigt-liberale „Ritshewitsch Wiedomosti“ die Stimmung in den maßgebenden politischen Kreisen Petersburgs: „Im allgemeinen — selbst sie — verketen die politischen Kreise die Ansicht, daß man die in Italien herrschende Verfassung gegen Deutschland, das seit längerem schon zu Gunsten Oesterreich-Ungarns die guten Beziehungen zu Italien vernachlässigt habe, ausnützen müsse, um den Keil nach tiefer in die Kerbe zu treiben.“

Es muß nun vor allem gesagt werden, daß der Abfall Italiens vom Dreibund und sein Anschluß an die Tripel-Entente kaum glaublich erscheint. Zwar sind die Momente, die Italien 1888 bewegen, dem deutsch-österreichischen Bündnis zuzutreten, bedeutend abgeschwächt; zwar zeigt sich in Italien eine starke, freibundfeindliche Stimmung, die durch die wesentlichen Bewegung in Triest und die österreichische Balkanpolitik verdrängt worden ist; aber diese Momente sind zu schwach, um Italien zu einem so folgenschweren Schritte, wie der Abfall vom Dreibund, zu veranlassen. Wahrscheinlicher ist es, daß Italien — wie die „Tribuna“ das offen ausgeplaudert hat — durch sein Streben nach dem Autarken seine Stellung innerhalb des Dreibundes festigen will, um bei der Erneuerung des Bündnisvertrages im Jahre 1912 größere Vorteile zu erringen. Und die Zarenregierung, die intime Freundin der deutschen Forderung, hat in diese Kerbe, um den Keil zwischen Italien und seine Bundesgenossen noch tiefer zu treiben.

Ein Pongo-Skandal. Genosse Wandervogel hat an den belgischen Kolonialminister folgende Anfrage gerichtet: Welches der Minister, daß am 31. Juli 1909 der Generalgouverneur der belgischen Kolonialverwaltung am Oberkongos, Dr. Ehringhaus, bei dem Gericht zu Equitaville Klage gegen zahlreiche Agenten und die afrikanische Direktion dieser Gesellschaft erhoben hat wegen folgender Verbrechen, die im Bezirk Uirav im April 1907 bis Mai 1908 begangen sein sollen: 1. Willkürliche Verhaftung und Festsetzung zahlreicher einheimischer Männer und Frauen, um sie zur Arbeit auf den Pflanzungen der Gesellschaft zu zwingen; 2. Ermordung von Männern, Frauen und Kindern und Folterungen von Eingeborenen; 3. Inbrandlegung von Dörfern; 4. Verwendung bewaffneter Wachposten, um die Eingeborenen zum Anbau von Kautschuk zu zwingen? Wenn ja, welche Folge hat der Minister der Angelegenheit von Dr. Ehringhaus gegeben? Man darf gespannt sein, wie der Herr Minister verfahren wird, die Gesetze, die in der ganzen Welt Aufsehen erregt haben, hinwegzureden.

Spanien. Der Finanzminister erklärte bezüglich des Festsetzens in Weizsäcker, er beabsichtige keineswegs einen Erbreichungsbeschluss zu machen. Seine Absicht sei, eine friedfertige Einigungsmaßnahme unter Beobachtung der Rechte von Algerien. Dem Eingeborenen werde vollständige Religionsfreiheit gesichert werden; die Hebung des Handels will er durch Abschaffung der Zolltarife beabsichtigen. Spaniens Aufgabe besteht darin, sich zuerst darauf, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Sollten weitere Verstärkungen notwendig werden, so dürfen diese erfolgen. Nach Wiederherstellung des Friedens werde eine dauernde Garnison von 16,000 bis 20,000 Mann notwendig sein, um die eroberten Plätze zu besetzen. Im Kriegsbudget demontiert man die Rechnung über die Unterhaltung einer Spezialmission nach Marokko.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schütz. — Redaktion und Expedition: Postfach 106. — Druck von Th. Schütz. — G. m. b. H. — Halle in Berlin. — Druck: G. Schütz.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die prägedruckte Verantwortung.

Machen Sie jetzt aber endlich

den Versuch mit Rathreiners Malzkaffee! Es liegt das zwar in unserem Interesse — gewiß! — mehr aber noch in Ihrem Interesse, denn Rathreiners Malzkaffee ist aromatisch und billig, dabei aber völlig unschädlich!

Stadt-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Hibello“
 Mittwoch, 7 Uhr:
 „Hank“
 1. Teil.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Carmen“
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Zigares Hochzeit“
 Sonnabend, 7 Uhr:
 „Götterdämmerung“

Lobe-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Die geschiedene Frau“
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Die geschiedene Frau“
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 „Die fremde Frau“

**Volks-Vorstellungen
 im Thalia-Theater.**
 Dienstag
 Gruppe C. 1. Vorstellung.
 „Ein toller Einfall“
 Donnerstag
 „Hansmanns Töchter“
 Freitag
 Gruppe D. 1. Vorstellung.
 „Ein toller Einfall“

Schauspielhaus
 Dienstag, 8 Uhr:
 „Die Weber-Schiffel“
 Mittwoch, Anfang 8 Uhr:
 „Bergel's Gott“
 Donnerstag, 8 Uhr:
 „Die Förster-Schiffel“
 Freitag, 8 Uhr:
 „Bergel's Gott“
 Sonnabend, 8 Uhr:
 „Hansen“
 Premiere.
 Operette von R. Genée.

Liebig's Etablissement.
 Letzte Woche.
 Annie Tharau.
 Gudrun Mühlendran
 und 10 neue Attraktionen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater.
 Gastspiel Jean
 Blatzheim
 und das neue
 Spezialitäten-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sens modernste gültig.

Zeltgarten
 Dir.: H. Krastnik.
 Täglich
 Künstler-Vorstellung
 Entree 30 Pfg.

Palmengarten
 Dir.: H. Krastnik.
 Oktober-Fest
 a la Münchener
 2 Kapellen.
 Entree frei
 9 Pl. Retorbier 9 Pl.

Humboldt-Verein
 Donnerstag, den 28. Oktober,
 abends 8 Uhr.
 im Saale von C. Sperke's Restaurant,
 Mathiasstrasse 38:
Vortrag
 des Herrn Oberlehrer Dr. Casinade:
 „Über Spanien“.
 Mit zahlreichen Lichtbildern.
 Eintritt frei! 5048

Nach 1 1/2 jährig. Assistenten-
 tätigkeit habe ich mich hier als
Zahnarzt niedergelassen u. halte
 an Wochentagen
 Vorm. von 9-1 Uhr,
 Nachm. „ 3-5
 Sprechstunden. Teleph. 4777.

Zahnarzt Aschkowitz,
 Breslau V, Gartenstr. 57,
 Ecke Neue Schwesnitzstrasse.

Rehtabake
 in großer Auswahl
 Carl Rehter & Bede
 Breslau I, Domstr. 24.

Buchhandlung Volkswacht.
 Die Gütlichkeit, Franco-
 schickung, alle 14 Tage. 5040

Volksbräu 9 Pf.
 woblgeschmeckt, alkoholfrei
 Der beste Beruf ist
Chauffeur.
 Jeder Mann wird praktisch ausgebildet.
 Chauffeurschule W. Mühl, Dresden,
 Friedrichstraße 39. Stellennachweis.

Ein Bäckerlehrling
 kann sich melden Mittelgasse 7, 5044

Verkauf gebr. Möbel!
 100 Bettstellen, 50 Stuhl, 200 Tische,
 100 Sofas, 24 Wohn-Einricht., die
 Polster-Möbel spottbillig.
 5047
 Telebrückstraße 68.

Kaufe alte Schränke
 Vertikof, Bettstell., Sofa, Kommod.,
 Waschtisch, 24. Stuben-Einrichtung,
 gegen sol. Zahlung.
 5047
 Wahler, Gartenstraße 38.

**Ortskrankentafel für das Schuhmachergewerbe
 zu Breslau.**
 Die Vertreterwahlen zur Generalversammlung
 finden
 Mittwoch, den 3. November d. J., im Saale des Café-Restaurant,
 Karlstraße 37, I., statt,
 und zwar: für die Arbeitgeber abends 6 1/2 Uhr,
 für die Ratsmitglied abends 8 Uhr.
 Zu wählen sind:
 Von Seiten der Arbeitgeber 16 Vertreter und 16 Ersatzvertreter,
 Ratsmitglieder 40 Vertreter und 40 Ersatzvertreter.
 Wahlberechtigt und wählbar sind alle großjährigen Personen, welche sich
 im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.
 Das Mitgliedsbuch legitimiert. 5042
 Der Vorstand, J. L. R. Gottwald.

Bekanntmachung.
 Freitag, den 12., Samstag, den 23., und Sonntag, den 26. No-
 vember 1909 werden die verfallenen Pfänder innerhalb der Nummern 68373
 bis 81307 versteigert. 5041
 Ueberhöfliche gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde Breslau zu Gunsten
 der Armenverwaltung über, falls sie nicht binnen Jahresfrist abgehoben werden.
 Die für den Verkauf bestimmten Pfänder können noch kurz vor dem Ver-
 steigerungstermin verlängert werden.
 Verlängerungen werden noch bis Sonnabend, den 13. November,
 abends 6 Uhr, angenommen.
 Dresden, den 12. Oktober 1909.

Stadtleihamt.
 -Kinder-
 nahrung
 Hervorragend bewährte
 Nahrung.
 Die Kinder gedeihen
 vorzüglich dabei
 u. leiden nicht an
 Verdauungsstörung.
Kufeké
 -Kranken-
 kost.

Dem feinsten Linnen nichts passiert,
 Das veripricht und garantiert:
Ozonit
 das moderne Waschmittel!
 D. R. P.

Zweimal konfisziert gewesen!
 In Russland und Ungarn verboten.
Ssanin.
 Sitten-Roman
 aus den Tagen der russischen Revolution.
 Von M. Arzybaschew.
 Vollständige Ausgabe. — Uebersetzt von L. Wiebeck.
 In zwei Monaten 38000 Exemplare verkauft!
 Dieser Roman — ein Kunstwerk — hat überall das
 grösste Aufsehen erregt, schildert er doch zum Teil eine
 Zeit, die besonders für die kämpfenden Proletarier von
 grossem Interesse ist. — Bei einem Umfang von 430 Seiten
 kostet das Buch
 nur Mk. 1.25
 nach auswärts Mk. 1.55.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“
 und die Kelporteurs.

Stimmen der Freiheit
 Bittensätze der hervorragendsten
 Schöpfer unserer Arbeiter-Volksdichter
 790 Seiten stark
 in Leinen gebd.
 nur Mk. 3.00
 * Buchhandlung „Volkswacht“ *

Gelegenheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Brautpaare
 kaufen Möbel recht u. billig direkt in der
 Tischlerei von Alfred Noheln,
 Altenstraße 62, I und 63 (Zaden).

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Gelegentheitskäufe
 in gut gearbeiteten
 neuen und
 wenig gebrauchten
 Schrank von 18 W. an, Bettstelle mit
 Matratze 10 W. Brüderstraße 5.
 Alles spottbillig. Teilzahl. gekannt.
 5046
 Selbstgefertigte 4926
 Anoden-Anzüge, Soppen, Hosen,
 Pelzerinnen
 sowie Unterleibung und feste Stoffreste
 empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
 Martha Scholz, Friedr.-Wilhelmsstr. 66.

Im Fluge
 haben sich die
 Beliebtheit der
 sparsamen Hausfrauen
 die beiden allgemein ein-
 geführten
 van den Bergh'schen
 Margarine-Marken
Vitello und Clever-Stolz
 errungen und zwar Wegen ihres ausgesprochenen Butter-
 geschmacks, des köstlichen Aromas und nicht zum wenigsten
 wegen der bei ihrer Verwendung ermöglichten grossen Ersparnis.
 Erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

**Bettfedern und
 fertige Betten.**
 Spezial: Braunschlattung,
 Preisliste gratis und franko
 Julius Immerhück
 Bresl., Reichenstr. 42/33.

Damen-Filzhüte
 billigst direkt in der Fabrik
Freund & Krebs
 Neue Braunschlattung 11, Post-
 Filzhüte werden modernisiert. 14406

Möbel
 Gute Waren spottbillig
 auf
Abzahlung
 Anzüge
 Heberzieher.
 Kindertwagen
 Anzahlung
 Nebensache!
Max Biermann
 52 Ring 52, 1. Stg.
 neben der Stadtgasse.
 Filiale:
 Waldenburg i. Schl.
 Auch nach auswärts.

**Triumph-
 Beinkleid**
 aus einem vorzüglichen,
 ausserordentlich halt-
 barem, echtem Strapazier-
 Zwirnburkin, in schönen,
 modernen Streifenmustern
 für
 netto Mk. **5.25.**
 Diese Hose ist in allen
 normalen Grössen vor-
 rätig und wird zu obigem
 Preise durchweg verkauft.
S. Guttentag
 Altküsterstrasse 5
 I. bis III. Etage.

Sorben erschienen! Sorben erschienen!
**Illustrierter
 Neue Welt-Kalender**
 1910.
 34. Jahrgang.
 Preis: 40 Pfennige.
 Bei Einzelbezug nach auswärts bitten wir um Einfindung des
 Betrages nebst 10 Pfennigen in deutschen Briefmarken für Porto.
Buchhandlung „Volkswacht“

**Arbeiter-
 Gesundheitsbibliothek.**
 Die Gesundheit ist des Arbeiters einziger Gut. Erhaltung
 der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum
 ist der Arbeiter an der Hygiene, beruhten Wissenschaft, welche von der
 Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem
 Grade interessiert als der Beschäftigte.
 In gemeinverständlich Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung
 der Arbeiterverhältnisse wollen in dieser Auswahlbibliothek die für den Arbeiter
 wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitslehre von er-
 fahrener Händen bearbeitet werden, so zwar, dass jedes Heft für sich ein
 abgerundetes Ganzes bildet.
 Bisher erschienen:
 Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.
 " 2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silber-
 stein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung
 zu empfehlen.
 " 3. Gesundheitspflege des Nervensystems.
 Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese
 diese Anleitung.
 " 4. Der Achtsundentag, von Dr. Jabel.
 Eine ärztliche Begründung der sozial-
 demokratischen Forderung.
 " 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von
 Dr. Frölich. Eine empfehlenswerte Agi-
 tationsbrochure.
 " 6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein.
 Die Kinder vor Schulkrantheiten schützen, ist
 Zweck dieses Büchleins.
 " 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechts-
 krankheiten, von Dr. Gebert. Belehrend
 über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
 " 8. Nahrung und Ernährung, von
 Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für
 jeden Arbeiter und seine Familie.
 " 9. Wie sollen wir uns kleiden? von
 Dr. Paul Bernstein.
 " 10. Der Arbeiterschutz mit besonderer Be-
 rücksichtigung der Werkstatthygiene von
 Dr. M. Epstein-München.
 " 11. Frauenleiden und deren Verhütung.
 " 12. Vom medizinischen Aberglauben, von
 Dr. E. Theising-Waadeburg.
 " 13. Das Wasserheilverfahren in der
 Gesundheitspflege des Arbeiters, von
 Dr. S. Munter.
 " 14. Verhütung und Heilung des Stotterns,
 von L. Jordan, mit einer Einleitung über
 Sprech- und Sprachstörungen.
 " 15. Geschlechtliche Erziehung in der Ar-
 beiterfamilie, von Dr. Julian Marquise.
 " 16. Zähne und Zahnpflege, von Gertrud
 Kewald-Berlin.
 " 17. Bau und Lebenstätigkeit des mensch-
 lichen Körpers, von Dr. Christeller-Berlin.
 " 18. Der Geschlechtstrieb, von Eduard Bern-
 stein.
 " 19. Die Krankenpflege im Hause, von Joh.
 Ranler-Mannheim.
 " 20. Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung
 und Verbreitung, Verhütung und Heilung,
 von Dr. Jabel-Berlin.
 Jedes Heft 20 Pfg.
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich
 geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht
 und durch mehrere Kelporteurs.

Parteigenossen!

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission beruft den 8. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie auf Montag, den 8. Januar 1910

- Die vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. 2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. 3. Die Wahlrechtsfrage in Preußen. 4. Die Verwaltung Preußens. 5. Das Kommunalprogramm für Preußen. 6. Sonstige Anträge.

Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen. Der Bericht der Fraktion wird vorher veröffentlicht. Parteigenossen Preußens! Nehmt möglichst bald Stellung zum preussischen Parteitag durch Wahl von Delegierten und Aussprache über die bevorstehenden Verhandlungen. Die Anträge müssen bis spätestens 6. Dezember 1909 an die Adresse: Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 68, wenn sie entsprechend § 7 des preussischen Organisationsstatuts rechtzeitig veröffentlicht werden sollen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Oktober.

Geschichtskalender.

27. Oktober.

- 1782 Der Geigenbauer Paganini *.
- 1806 Napoleons Einzug in Berlin.
- 1899 Bergenthaler, Erfinder der Sekwasmchine, †.

Die Frommen und der Schnapsboykott.

Unserem elsässischen Parteiorgan, der Mülhauser „Volkszeitung“ wird aus dem Kanton Hüningen geschrieben: Die „Mülhauser Volkzeitung“ brachte am letzten Montag einen Versammlungsbericht aus Breslau mit der Ueberschrift: „Eine Auseinandersetzung mit dem Zentrum“. In dieser aus braven Zentrumskatholiken aufammengestellten Versammlung kam auch unser Genosse Löbe zum Wort, der unter anderem auch eine Resolution für den Schnapsboykott zur Abstimmung bringen wollte. Diese Resolution wurde aber mit der Begründung abgelehnt,

daß der katholische Arbeiter sowie seinen Schnaps trinke. Wenn dem in Schlesien so ist, so ist das gewiß sehr zu begrüßen. Wir wollen's lieber glauben, als an Ort und Stelle Nachforschungen anstellen. Daß es aber nicht überall so ist, daß die Katholiken keinen Schnaps trinken, können wir aus zwei Inseraten in der Merikalen „Oberelb. Landeszeitung“ vom 7. Mai 1909 entnehmen. Dort haben zwei Mülhauser Brantweindbrennereien ihre feinen alten Brantweine anlässlich der ersten hl. Kommunion in empfehlende Erinnerung gebracht. Wir glauben nicht, daß die Brennereien nur inseriert haben, damit die „Landeszeitung“ dabei etwas verdienen soll, sondern wir meinen, daß diese Schnapsverkäufer doch gewiß auf einen erheblichen Zuspruch gerechnet haben, denn die Brantweindbrennereien werden wohl ihre Leute kennen. Die Inserate sehen so aus:

Anlässlich der Feier der 1. hl. Kommunion! empfehle meine feinen alten Brantweine: Traber, sehr fein . . . 1,60 und 1,80 M. Drußen, alter . . . 2,-- und 2,40 M. Quetsch, ganz alter . . . 2,40 und 3,-- M. Kirsch, 1905 . . . 3,60 M. Mirabelle, alter feiner . . . 3,60 M. Rum, Cognac, alter, abgefiltert, 2 bis 4 . . . 2,20 M. Absinthe, Mader, Menthe . . . 1,50 M. Koriander, Vermut, allerbesten . . . 60 Pf. Rotwein feiner Rouffillon . . . 60 Pf. Weiswein . . . von 60 Pf. an Brantwein-Brennerei Schnoebelen, 22, Velfortstraße 22.

Zur heiligen Kommunion! Brantweindbrennerei. Empfehle meinen prima selbstgebrannten Brantwein, fein in Aroma und Qualität: Gefässer Traber . . . 1,60 M. Alte Traber . . . 2,-- M. Drußen . . . 2,40 M. Vorlauf . . . 3,-- M. Prima alter Kirsch . . . 4,-- M. Mirabelle . . . 4,-- M. Großes Lager von allem Rum u. Cognac. Verkaufte von heute ab: Reinen feinen Weis- und Rotwein à 64 Pf. Großer Vorrat in feinem abgelagerten Wein. Eugène Marie, Bogesenplatz.

Besonders verwunderlich ist, daß man die Katholiken geradezu aufmuntert, zur ersten hl. Kommunion dem Brantweingenuss zu huldigen und dies ausgerechnet in dem offiziellen Parteiorgan des alleinseligmachenden Mülhauser Zentrums. Aber die Geschäftsleute wissen ja, wo sie ihr Geschäftgebiet haben.

Und daß in Schlesien die katholischen Arbeiter keinen Schnaps trinken, ist ja bekannt — besonders in Oberschlesien.

Irgend ein Fuzel-Interessent hat in die bürgerliche Presse eine Notiz lanziert, nach welcher der Schnapsboykott „Mißlungen“ ist. Er knüpft an eine Berliner Parteiversammlung an, in welcher der Schnapsauschank im Gewerkschaftshause beraten wurde und setzt hinzu:

Wie Umfragen ergeben haben, ist der Umsatz von Schnaps bei den sozialdemokratischen Parteigenossen trotz des Parteitagsbeschlusses nicht zurückgegangen. Der Verkauf steht demnach nur auf dem Platze. Da der Aktionsausschuss sich außerstande sieht, Wandel zu schaffen, so wird man jetzt den Parteivorstand interpellieren, was dieser zu tun gedenke, um den einmütig angenommenen Antrag in Leipzig zur Durchföhrung zu bringen.

Das ist natürlich purer Schwindel. Gerade die Berliner Gastwirte haben in der Deffentlichkeit und in der Klärung, daß der Boykott für sie geradezu eine ruindende Wirkung habe! Es ist sogar deshalb ein Streik mit „Vorwärts“ ausgebrochen. Breslauer Gastwirte legten uns Bücher vor mit dem Nachweis, daß ihr Brantwein-Ausverkauf um 50 Prozent, um 60 Prozent zurückgegangen ist. Demnach charakterisiert sich die Notiz als ein Bluff von Schnapsinteressenten, dessen Ausnahme in liberalen Blättern doppelt bedauerlich ist. Eigentlich hätte das Geschrei der Brenner die Leute schon belehren sollen.

Die Ueberlandzentrale im Breslauer Vorortverbände.

Der Breslauer Vorortverband beschäftigte sich in einer h.a. besuchten Sitzung im Breslauer Rathaus vornehmlich mit der geplanten Ueberlandzentrale im Landkreis Breslau. Oberräteungsrat Lidid vom Oberpräsidium, Landrat Döflig, Stadtbaurat von Scholz, Stadtrat Dr. Gasse, Landrat Wischewski u. a. wohnten nach der „Bresl. Btg.“ den Verhandlungen bei.

Gemeindevorsteher Dr. Dieckhoff-Brodau referierte einleitend kurz über den diesjährigen Vororttag in Frankfurt am Main und die dort erfolgte Gründung der Gesamtverbandes der Vorort-Gemeinden, dem auch der Breslauer Vorortverband getreten ist, und dann auf das Hauptthema, „die geplante Ueberlandzentrale und ihre Bedeutung für die Vororte von Breslau“, überzugehen. Als erster Redner erhielt dazu Ingenieur Wolfes, der Beauftragte der „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“, das Wort.

Redner vorbereitete sich ganz allgemein über den Vertrag, den die Gesellschaft mit dem Kreise abgeschlossen hat, und den der Kreistag in seiner nächsten Sitzung genehmigen soll. Er erklärte, daß der Vertrag nur das Maximum darstelle, das die Gesellschaft nicht übersteigen dürfe, daß aber ihre Einzelverträge mit den Gemeinden freier Spielraum biete. Er vertiefte den Vorort-Gemeinden besonderes Entgegenkommen, namentlich für die Möglichkeit einer späteren Einmündung in die Stadt Breslau. Ueber die Ausführung der Anlage äußerte er sich dahin, daß um Breslau herum ein Leitungsring gelegt werden solle, von dem aus in 7-8 Strahlen in einer Länge von 25-35 Kilometer Leitungen ins Land hinausgeführt werden sollen. Die Gesellschaft wolle sich nicht mit dem Landkreis Breslau begnügen, sondern auch die benachbarten Kreise in ihr Versorgungsgebiet ziehen. In den ersten 5-10 Jahren rechne die Gesellschaft auf keine Rentabilität.

Als erster Diskussionsredner ging Dr. Dieckhoff kritisch auf den Vertrag ein. Er verwies auf die Unklarheit zwischen den Vertragsentwürfen der Gesellschaft für den Kreis und die Gemeinden, und wünschte Vorteile des Kreisvertrages auch in den Gemeindevorträgen übernommen zu sehen, namentlich die Bestimmung, daß die Preise stets mindestens 10 Prozent niedriger zu halten sind, als sie für die Stadt Breslau geltende Normsätze des Elektrizitätsamtes der Stadt Breslau vorsehen. Ferner bemängelte er die Bestimmung, daß jede Aenderung des Gemeindevertrages durch den Kreisrat genehmigt werden müsse und sprach die Befürchtung aus, daß dieser sich im Interesse der rein ländlichen Gemeinden dem Abschluß günstiger Bedingungen für die Vorortgemeinden mit mehr städtischem Charakter widersetzen würde. Zur Begründung wünschte er in § 9 im Kreisvertrage einen Zusatz, der dies ausdrücklich unterstat. Weiterhin erklärte er sich gegen das von der Gesellschaft geforderte Monopol auf die Straßen und Wege der Gemeinden auf 50 Jahre, und wollte es gleich dem auf die Kreiswege nur auf 8 Jahre gewährt wissen. Endlich forderte er ausdrückliche Garantien dafür, daß den Vorortgemeinden bei einer etwaigen Eingemeindung in Breslau keine Schwierigkeiten aus dem Vertrage mit der Gesellschaft erwachsen.

Als nächster Redner betonte Rechtsanwalt Flatau, daß er die Vororte als Kontrahent mit der Stadt Breslau besser aufgehoben ansehen müsse, als wenn sie mit einer Privatgesellschaft langfristige Verträge abschließen. Die Entwicklung ginge

Vor den Geschworenen.

Von Sepp Dexter.

(Fortsetzung.)

Schürmann, ein großer Mann mit schwarzem Haar und Schnurrbart, trat schon bildend vor den Zeigentisch. Seine Personalken wurden festgehalten. „Was sind Sie jetzt?“ fragte der Vorsitzende. „Wächter beim Kalternbau in . . .“ Der Name des Ortes ist mir entfallen. Schürmann erzählte nun, daß er mich verschiedene Male in einer Wirtschaft getroffen, aber vergeblich versucht habe, mit mir näher bekannt zu werden. Das war alles, was er über mich zu sagen wußte. Er erzählte weiter — und da hörte ich auf — wie er mit Graffer, von dem ich schon mehrmals sprach, und den anderen Genossen unter den Verurteilten bekannt geworden sei, wie er ihnen Schriften zugestellt habe und so weiter.

Da fragt der Vorsitzende: „Woher hatten Sie denn diese Schriften?“ Schürmann holt sich mit verzogenen Lippen Rat beim Staatsanwalt. Dieser erhebt sich, lächelt hehmenhaft und macht abwinkende Handbewegungen gegen den Vorsitzenden. Dieser aber übersteht dies. Auch die Geschworenen fluchen. Schürmann fctert: „Ich habe sie aus Holland geholt.“ Aergertliches Aufseufzen des Herrn Staatsanwalts und des Berliner Polizeikommissars. Der Vorsitzende steht das alles nicht; er sieht nur seine Alten und den Schürmann und fragt weiter: „Und wie kamen Sie dahin?“ Erneutes Winken des Staatsanwalts. Aber die Geschworenen sind aufmerksam geworden. Und da erhebt sich der Herr Staatsanwalt und erklärt: „Schürmann ist in meinem Auftrag in Arnheim gewesen. Ich denke, wir können die Sache verlassen.“

Ein Rud ging bei dieser Erklärung durch die Geschworenenbank. Schürmann war zusammengetrückt, mit scheuem Blick suchte er auf dem Boden herum. Die Sache wurde verlassen.

Dieser Schürmann aber war mit Graffer und den anderen Genossen unter Anklage gestellt gewesen und zwar von demselben Staatsanwalt, in dessen Auftrag er aus Holland anarchistische Schriften herübergeholt hatte. Da die Sache Graffer und Genossen „Schwerrat“ sein sollte, fand Schürmann mit der deutschen höchsten Gerichtshof, wo auch alle etwa einmal durch irgend ein Gericht verurteilt werden wieder vorgetragen wird — vor dem Reichsgericht in Leipzig. Dieses fand keine Schuld an ihm, verurteilte aber Graffer und Genossen, welche die Schriften zum Teil von dem im Auftrage der bürgerlichen Staatsanwaltschaft handelnden Schürmann erhielten, zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Nach Schürmann kam ein weiterer Zeuge. Er hieß Landwehr und hatte schon vor der Verhandlung die Stelle eines Gefängniswächters in Köln erhalten. Dieser wußte Schreckliches gegen mich auszusagen. Er erzählte: einmal habe er mit seiner Frau in der Restauration Pfeffer in Duisburg gesessen. Ich, mein Bruder und einige Freunde saßen an einem anderen Tisch, und da sei im Gespräch das Wort — Bombe gefallen. In welchem Zusammenhang das Wort fiel, wer es gesagt hatte, das wußte der Zeuge nicht. Er hatte nur das eine Wort aufgeschrieben und direkt zu seiner Frau gesagt: „Du, hörst, die sprechen von Bomben.“

Die Frau des Landwehrs sah mich, als sie als Zeugin aufgerufen wurde, beim Eintreten vor den Zeigentisch mit tief mitleidigem Blick an. Ihre frühere Aussage vor dem Untersuchungsrichter stimmte mit der ihres Mannes überein. In der Verhandlung versuchte sie ihre Aussage kurzgehand ab, verlas die Befragungen vor dem Untersuchungsrichter — und da beschwor die Frau denn die frühere Aussage.

Die folgenden Zeugen wußten nichts von Bedeutung. Sie waren geladen, um zu bekunden, daß ein Bergmann, welcher nach London geflüchtet war und mir bei meiner Abreise von dort einen Gruß an einen Freund Ruhl in Strum aufgetragen hatte, einen Gruß, den ich auch bestellt habe, ein extremer Anarchist gewesen sei.

Kein einziger Zeuge sagte etwas aus, was mich persönlich belastete hätte. Alle Aussagen waren allgemeine Redereien über Anarchismus und einzelne Anarchisten. Zur Beweisführung für die Behauptung der Anklage, daß ich Absicht und Willen gehabt hätte, durch Verfertigung der Zeitung zur Bezeugung von Dynamitverbrechen aufzufordern — dazu diente auch nicht eine einzige Zeugenaussage.

Im Laufe der Verhandlung kam die Rede auch darauf, daß die Schriften, wegen deren Verfaß ich angeklagt war, doch gar nicht gelesen worden seien, daß deshalb durch sie auch nicht zu Dynamitverbrechen aufgefordert worden sein konnte. Der Herr Schwurgerichtspräsident war jedoch der Meinung, daß dies zur Beurteilung des Tatbestandes gleichgültig sei. Der Angeklagte hat unfruchtlich noch mehr Pakete mit Schriften verfaßt und sie sind gelesen worden — das genügt.

Das Zeugenhör war beendet. Der Staatsanwalt begann seine Rede. Er erzählte den Geschworenen von den anarchistischen Taten, welche im Laufe der Zeit geschehen waren, an denen ich so unschuldig war, wie ein Kind an seiner Geburt.

Seine Rede schloß er damit, daß er erklärte: es müsse ein Exempel statuiert, das die, ich müsse schuldig gesprochen werden.

Ich hätte nun dem Staatsanwalt entgegenkommen können: „Ist denn die Justiz dazu da, Exempel zu statuieren, oder dazu, Recht zu sprechen? Ist sie dazu da, einen Menschen zu verurteilen, weil andere sich gegen Gesetze vergangen haben oder nur, wenn er selbst ein Gesetz übertrat? Ich hätte dem Staatsanwalt sagen können: Es gibt Anarchisten, welche erklären, es ist nirgendwo eine Gerechtigkeit; an den Armen und Entrechteten wird schreißliches Unrecht geübt; Männer und Frauen, welche die Menschheit ihrer höchsten Entwicklung entgegenführen, welche die Freiheit, welche allen Lebensgenuß, alle Lebensfreude, alle Lebensschönheit jedem Menschenteile zugänglich machen wollen — diese Männer und Frauen hängt man an den Galgen, zwingt sie unter Fallbeile, foltert sie, wirft sie in Kerker, verfolgt sie — da müssen denn an den Verantwortlichen, den Verteidigern solcher Menschenunwürdigkeiten Exempel statuiert werden. Das hätte ich sagen können und hinzusetzen: „Herr Staatsanwalt, auch Sie sind Terrorist.“

Aber ich sagte nichts von alledem, weil es doch nutzlos gewesen wäre. Freilich war es ebenso nutzlos, daß ich versuchte, des Staatsanwaltes vererbte Anschauungen über Anarchismus zu berichtigten und seine geringfügigkeiten, von mangelhafter Bildung zeugenden Äußerungen über meinen Genossen Peter Kropotkin zurückzuweisen. Meine Ausführungen schloß ich:

„Meine Herren! Eine Bitte um Freisprechung richte ich selbstredend nicht an Sie. Die Verhandlung hat mir klar gemacht, daß meine Schuldsprechung nicht abhängig ist von Ihrer Gewissensüberzeugung, sondern beeinflusst wird von der abföredenden Darstellung, welche der Parteikommissar aus Berlin und der Herr Staatsanwalt Ihnen gaben. Die ersten Worte des Herrn Vorsitzenden an Sie haben mich überzeugt, daß ich schon verurteilt war, als ich diesen Saal betrat. Mit Stolz nenne ich mich Anarchist. Für Sie sind Anarchismus und Dynamit nicht zu trennende Begriffe, deshalb werden Sie mich verurteilen. Sie werden mich verurteilen, weil ich — selbst ein Entrechteter und Entrechteter — der Entrechteten und Entrechteten Recht verteidete und mit ihnen erobert will, was sie als Menschen nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sind, zu verlangen. Sie werden Ihre Schuld über mich nicht als Richter, sondern als Vertreter der gegenwärtigen Weltordnung, des ertaubten Festes und der Ausbeutung der vielen durch einige wenige sprechen.“

Der Vorsitzende bewachte sich dagegen, daß er die Geschworenen zu meinen Ungunsten habe beeinflussen wollen. Darin belehrte er die Geschworenen, worauf ich diese zur Beratung zurückzog.

lasten, Betriebe, die der Versorgung großer Bezirke mit Gas, Wasser, Elektrizität usw. dienen, zu kommunalisieren; das habe seinen Grund darin, dass Privatgesellschaften verdienen wollen und verdienen müssen, während große kommunale Verbände mehr das öffentliche Interesse wahrnehmen können. Nebenher bemängelte, daß laut Vertrag die Preisobergrenzung von 10 Prozent unter die Breslauer Preise nur unter gleichen Verhältnissen einzutreten habe, eine Einschränkung, die die Zustimmung unwirksam mache, da sich bei dem Mangel an Konkurrenz seitens der Stadt im Lande keine Vergleichsvorhältnisse ergeben könnten. Redner wies sodann auf die Schwierigkeiten hin, die sich durch den Vertragsabschluss für die Eingemeindung der Vororte in Breslau ergeben würden, und führte als Beispiel an, daß, wie der Gemeindevorsteher von Friedberg noch im Bekämpte, die Gasanstalt in Friedberg für Friedberg, Klettenberg und Siedlitz ein Monopol für 25 Jahre auf die Wege dieser Gemeinden bestimme, das jede Benutzung dieser Wege durch eine andere Gesellschaft zu Zweckzwecken verbiete.

Diesen klaren Ausführungen stellte Ingenieur Wolke sehr widersprüchliche Äußerungen gegenüber, indem er wiederholt anerkannte, daß Gesellschaft und Stadt sich in den Vororten als Konkurrenten gegenüberstünden, andererseits aber erklärte, das Monopol sei für die Gesellschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Im übrigen beschränkte er sich darauf, seine Vorstellungen eines großen Entgegenkommens der Gesellschaft den Vorortgemeinden gegenüber zu wiederholen. Weiter erklärte er, daß die Worte „unter gleichen Verhältnissen“ aus dem Vertrag gestrichen seien, und daß die Bestimmung der Preisobergrenzung von 10 Prozent nur „irrtümlicherweise“ aus dem Gemeindevertrag herausgehoben sei. Die mehrfachen Widersprüche bezüglich dieses Punktes, wie über den Umfang und die Durchführung des Monopols gaben Baumeister Freitag und Rechtsanwalt Platau Gelegenheit, ihn auf mehrfache Widersprüche bezüglich dieses Punktes hinzuweisen, wie überhaupt die Debatte sehr durcheinander liegt, daß der Vertrag nicht nur nicht zur Einflächnahme offengelegt, sondern inzwischen auch mehrfach geändert worden war.

Nachdem Dr. Dierschke im Auftrag des Landrats Dittig erklärt hatte, daß die Provinz der Gesellschaft für die Provinzialhauffen kein Monopol einräumen würde, nahm Stadtrat Dr. Gasse das Wort, um einige Irrtümer des Herrn Wolke klarzustellen. Er behauptete, nicht im Auftrag des Magistrats zu sprechen, und stellte fest, daß die Stadt weder Offerten um Gas, Elektrizität usw. Versorgung an die Vorortgemeinden jemals abgegeben habe, noch von diesen darum ersucht worden sei. Seiner Ansicht nach sei es Sache der Vororte, bei Bedarf sich an die Stadt zu wenden. Wenn sie es nicht tun wollen, so habe auch die Stadt kein Interesse daran, Elektrizität weit ins Land hinauszuführen. Die Verhältnisse draußen im Lande seien nicht gekannt, das zeige das Monopol der Gasanstalt Friedberg, das jetzt auch Stadtschlichter, wo Baumeister Freitag auf 50 Jahre das Monopol habe, und das jetzt ein zweites Monopol hinzubekomme. Die ganze Frage interessiere die Stadt Breslau nur insoweit, als die Eingemeindung von Vororten in Frage komme, und dieser würden allerdings durch ein Monopol von 50 Jahren erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Er glaube nicht, daß die Gesellschaft trotz aller ihrer Versicherungen im Falle der Eingemeindung auf ihre Rechte verzichten würde.

Als letzter Redner nahm Landrat Wilschhaus das Wort, um über das Verhalten der Vororte zu sprechen, das in dem Antrag Dr. Dierschke, die Einschränkung der Mitwirkung des Kreisratsbeschlusses Vertragsänderungen betreffend, gegen diesen Antrag trete. Allerdings müßte er zugeben, daß die Eingemeindung durch das Monopol erschwert werde, er begreife aber die Erwartung, daß bei Eingemeindungen alle Schwierigkeiten beseitigt werden.

Dieser zu nichts verpflichtende „Erwartung“ konnte Dr. Dierschke die große Gegensätzlichkeit der Interessen der rein ländlichen und der Vorortgemeinden entgegenhalten und auf die schon oft betonte Begünstigung der letzteren durch den Kreisrat hinweisen.

Darauf wurde ein Antrag Platau, der Vorortverband möge zu dem Vertrage nicht ohne seine Zustimmung geben, als bis es sich als unmöglich erweisen habe, mit der Stadt Breslau eine Einigung über Stromlieferung zu erzielen, abgelehnt und die von Dr. Dierschke vorgelegenen Änderungen und Zusätze zum Vertrag angenommen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Ueber den Delegiertentag der Freisinnigen Volkspartei in Schlesien wird ein offizieller Bericht herausgegeben, in dem es heißt: „In Anwesenheit von etwa 120 Delegierten aus der ganzen Provinz Schlesiens fand Sonntag im Saale des Hotels „Der Jahreszeiten“ in Breslau eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. Der Vorsitzende des Provinzialverbandes, Justizrat Seilberg-Breslau, eröffnete die Versammlung kurz vor 11 Uhr Vormittags, indem er die Herren Peller-Riegeln, Sadowski und Löwenthal-Brieg in das Bureau brief. Hierauf begrüßte er insbesondere die erschienenen Abgg. Kopsch, Albin, Doornman und Büchtemann. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.“

Während der Beratung wurde ich in einen dunklen Raum neben dem Gerichtssaal gedrückt. Ich war hungrig. Das genierte mich wenig. Aber während war ich über den Gedanken, das mir absolut nicht gefallen wollte, irgendwas mein Wasser abzuschmecken, bis ich eben einfach in eine Ecke des Raumes schifste. Nach einer Viertelstunde wurde ich wieder in den Sitzungssaal zurückgeführt.

Die Geschworenen waren bereits anwesend. Auf Anweisung des Vorsitzenden verlas der Gerichtsschreiber das Verdict der Geschworenen. Mit einer Majorität von sieben Stimmen war ich schuldig gesprochen. Die Beweisführung des Herrn Staatsanwaltes konnte also doch — trotzdem von meiner Seite eigentlich gar keine Verteidigung geführt worden war — von den zwölf Geschworenen nur sieben haben überzeugen, daß ich durch von niemandem gelehene Leistungen zu Dynamitverbrechen angehalten habe. Aber diese eine Stimme über sechs genügt. Der Staatsanwalt beantragte hierauf, unter Berücksichtigung meiner Jugend einerseits, andererseits aber unter Hinweis auf das Gefährliche meines Verbrechens, insgesamt 5 Jahre Zuchthaus. Mein Verteidiger suchte ein wenig zu handeln. Ich verzichtete auf das Wort. Der Gerichtshof verurteilte.

Es war ein milder Oktober-Abend. Die Fenster waren geöffnet worden; ich sah hinaus auf ein mildes Welt; allerdings bestand es nur aus den Wipfeln einiger Bäume. Die hereinströmende milde Luft genoss ich in hohen Zügen. Wästelig hinter langgezogene Linien eines Hoffens herein und Langen aus in das: Scher dreißig Jahre bist du alt. Leise summte ich die Melodie mit. Mir war frei und froh zu Mut; erhaben fühlte ich mich über all diese Menschen um mich her. Neben meinem eigenen Leben hatte ich immer für der Menschen Bestes und Schönes gefühlt. Wie verächtlich kam mir alles vor, was ich am heutigen Tage erlebt hatte. Ich konnte mich gar nicht hinstellen, wie diese Leute da: der Staatsanwalt, der Vorsitzende, diese Geschworenen und Richter ihre Lebensaufgabe, welche ihnen persönlich nicht das geringste zu bedeuten haben. Ich konnte gar nicht begreifen, wie diese Leute nicht einsehen konnten, daß es doch nicht angängig sein kann, nicht Ordnung sein kann, daß Millionen darüber an allem, damit einige wenige verschwendend in allem, daß jene Millionen zu Grunde gehen durch Hunger, Siedetier, durch ein maffenhaftes Fleisch und alle Entehrung, und die anderen, die darunter Lebende ebenfalls und zwar zu Grunde gehen an ihrer Verachtung? Lassen diese Leute durch ihren Eigennutz ihren Bescheid in beherrschend, daß sie nicht erkennen, wie das, was sie Ordnung nennen, nichts ist als greulichste Unordnung, daß diese Unordnung im einzelnen, der unter ihr Leidet, ebenfalls

Punkt 1: „Einigung des Liberalismus“, wurde durch ein Referat des Herrn Peller-Riegeln und ein Korreferat des Herrn Sandermann-Oberst eingeleitet. Die längere Zeit beanspruchende Erörterung über diesen Gegenstand zerrte die bereits mitgeteilte, einstimmig angenommene Resolution des Peller:

Die in Breslau am 24. Oktober 1909 versammelten Delegierten der Freisinnigen Volkspartei Schlesiens hatten die Entscheidung der drei linksliberalen Parteien im Interesse der liberalen Sache für sehr erwünscht. In diesem Sinne fordern sie unter Aufrechterhaltung der bestehenden Organisationen der Freisinnigen Volkspartei,

1. die Bildung einer Partei bei allen politischen Wahlen;
2. eine aus den Parlamentariern der drei Reichstagsfraktionen und den Vertretern größerer Wahlbezirke im Lande nach Art des Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei gebildete Körperschaft, der von dem Zentralausschuss mindestens alljährlich, bei gegebenem Anlaß über, Rechnung abzugeben ist. Der Geschäftsführende Ausschuss wird ersucht, ein dahingehende Organisationsprogramm in Vereinbarung mit den Parteileitungen der Deutschen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung in die Wege zu leiten.

Die Besprechung über Agitations- und Organisationsfragen erregte nach Referaten der Herren Parteileitungen Müller und Peller-Riegeln-Breslau völlige Uebereinstimmung in Bezug auf die demnächst erforderlichen Maßnahmen der Partei in Schlesien. Vor Eintritt in die Mittagspause wird sodann auf Antrag Peller-Riegeln eine Resolution einstimmig angenommen, welche den parlamentarischen Vertretern der Partei aufrichtigen Dank und bedingungslos Vertrauen ausspricht.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags erhielt Herr Peller-Riegeln-Breslau ein kurzes Referat über die Stellungnahme der Partei zum Hansabund, an welches sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Als Ergebnis derselben wurde die folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die am 24. Oktober 1909 in Breslau versammelten Delegierten der Freisinnigen Volkspartei Schlesiens empfehlen den Parteifreunden, dem Hansabund beizutreten und diesen durch ihre Mitwirkung für die freisinnigen Interessen des deutschen Volkes wirksam zu machen.“

Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußten die Punkte Kandidatenfrage und Bauernbund vertagt werden. Der Vorsitzende schloß die überaus interessante, von lebhafter Regieruna für die Partei erfüllte Versammlung mit den üblichen Dankworten kurz vor 7 Uhr Abends.“

Die Versammlung fand natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, wie das einer „Volkspartei“ zukommt.

Vom Stadtschlichter. Nach längerer Pause hatte der Stadtschlichter in der Sitzung vom 25. d. Mts über 80 Gesuche um Erteilung der Schankkonzession zu entscheiden. Ein großer Teil derselben bestand aus solchen, die innerhalb weniger Monate erneuert worden waren. Von den erteilten Konzessionen führen wir die interessantesten an: Frau Anna Schnabel wünschte die Konzession am Rechte des „Café zur Börse“, Neue Traupenstraße Nr. 2. Es handelt sich hier nur um einen Personenerwerb, doch erhoht das Polizeipräsidium Einspruch, weil der Ehemann der Petentin, der das Café „Germania“ inne hatte, wegen Dubens von Glücksspielen zweimal vorbestraft ist. Er hatte in seinem Lokale Manuskripte lassen. In dieser Sache hatte sich auch, mehrwärtigerweise, was eigentlich unzulässig ist, der Hausbesitzer des betreffenden Grundstücks durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, um die Interessen seiner Mandantin wahrzunehmen. Die Konzession wurde erteilt, da man die geringfügigen Strafen nicht als so schwerwiegend betrachtete, um deswegen die Erlaubnis zu verweigern. Die volle Konzession wurde auch dem Inhaber des Café „Glorie“, Gartenstraße 87, erteilt. Der Gastwirt Schulz, Kopsplatz 2, petitioniert seit Jahren um die Erlaubnis, die Fremdenzimmern anzugeben, aber den vollen Schankbetrieb beibehalten zu dürfen. Immer ist er mit seinen Anträgen abgewiesen worden. Jetzt aber hat er seinen Wunsch erfüllt. Der Stadtschlichter bewilligte das Gesuch, weil in der dortigen Gegend nämlich kein Fremdenverkehr mehr vorhanden ist. Von allgemeiner Bedeutung soll aber die Entscheidung nicht sein, wie der Vorsitzende, Stadtrat Friedrich, anführte. Es wird von Fall zu Fall geprüft. Die volle Konzession zum ungeschützten Schankbetrieb erhielten noch die Restauratoren Münch, Berliner Caussee 203, Stank, Promnitzstraße 4, Frau Ida Pfiffer, Sternstraße 77, Frau Hiesinger zum Vie auschank: Weidenstraße 21.

Archiv! Junke erwiderte aus neue um die Genehmigung des Schankbetriebes in dem Hause Schankbrücke 57, in dem viele Jahre, bis zum Neubau, ein Kesselschmied (Lauer Adler), betrieben wurde. Der Magistratsvertreter wie der Vertreter der Polizei erhoben Einspruch, da es sich hier um eine Neukonzessionierung handelte, die nicht erteilt werden sollte. Junke wurde abgewiesen und deshalb sein Gesuch ansichtslos sei. Der Kläger erklärte jedoch, er sei der älteste Bewerber auf dieser Straße, wenn auch nicht ein und demselben Geschäft. Der Magistratsvertreter bewertete es komme nicht darauf an, wie lange ein Restaurateur auf einer Straße, sondern wie lang er in ein und demselben Geschäft sei. Mit jedem Schritt ändere sich der Bedürfniskreis. Petent wurde abgewiesen.

Unordnung erzeugen muß, so daß er nicht mehr Recht und Unrecht unterscheiden kann und gegen die naturgegebenen Gesetze handelt! Sehen diese Leute denn wirklich nicht ein, daß sie nicht Diener der Ordnung, sondern der Unordnung sind, und daß sie weiterhin über Unzulässige, welche diese Unordnung zu dem gemacht hat, was diese Armen sind!

Und ich schaute weiter über die Wipfel der Bäume in das Land der glücklichen Menschheit. Alle Menschen frei, wie gleich; alle Menschen arbeitend, um Lebensunterhalt für das Notwendige, das Nützliche, das Bequeme, das Schöne zu erzeugen; alle Menschen teilnehmend an allen Genüssen, an allen Gütern des Lebens; alle Menschen einem Gesetze unterworfen, dem ewigen Naturgesetz; kein Gesetz über dem Menschen — nur ein Gesetz im Menschen. Ueber die Wipfel der Bäume hinweg sah ich mein Land des Glückes, der Freiheit, der besten Ordnung — das Herrenland des Anarchismus.

Ans meinen Träumen wurde ich gerissen; ein Klirren der Tür, Männerritte. Ich hatte es vergessen, daß da hinter der Mauer, an der ich mit dem Rücken lehnte, drei Männer — Menschen wie ich, aber ich glaube, doch nicht wie ich — darüber berieten, wie viele Jahre sie mich der Qual ihrer Gerechtigkeitsgölle überliefern sollten.

Der Gerichtsschreiber kam zuerst, einen langen, ausdrucksvollen Blick auf mich werfend. Er sagte mir genug. Das Dreimännerkollegium folgte. Es setzte sich nieder mit den Mienen von Gottmenschen, die jedoch eine Menschheitserlösung vollbracht hatten.

Der Vorsitzende verlas: „Der Angeklagte wird auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wegen Verbrechens gegen das Gesetz wider den geschäftlichen Gebrauch von Sprengstoffen zu 7 Jahren Zuchthaus, wegen Vergehens des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 1 Jahr Gefängnis; unter Strafremission der in Mainz verhängten Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten zu einer Gesamtstrafe von acht Jahren verurteilt. Außerdem werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt und die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen.“

Das Geappel war häßlich! Der Mann machte eine Pause. Ich dachte, die Sache wäre zu Ende, machte ein Hoch auf den Anarchismus aus und wollte abtreten.

Aber parrot in Gesicht schrie mich der Vorsitzende an: „Hören Sie wohl hier bleiben! Ich werde Sie in Arrest abführen lassen. Zurück, der Sie sind!“

Der Mann wollte nämlich sein Urteil auch noch begründen. Und in der Tat — er begründete es. Wie? Daß weiß ich allerdings nicht.

(Schluß folgt.)

Schließlich registrieren wir noch, daß der Inhaber eines demographischen Monatsheftes 68 mit seinem Ansuchen um demagogische Beiträge abgewiesen worden ist. Von 5 anderen Interessenten dürfte das Heft des Restaurateurs Reg. Oloffecke sein. Es wurde ihm vorbehalten, daß er einen Vorwerber habe.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ hielt gestern Abend im Saale des Gewerkschaftshauses seine erste General-Versammlung ab. Zunächst verlas Geschäftsführer Tockus die Bilanz für das erste Geschäftsjahr, das sich nur über die Zeit von der Gründung am 20. Juni bis zum 30. September also nur über ein Vierteljahr erstreckte. Auf die früher bereits in unserem Blatte veröffentlichte Bilanz näher einzugehen, unterlassen wir, da in der Zwischenzeit alle Ziffern wieder weit überholt sind. Der Verein zählt gegenwärtig mehr als 1100 Mitglieder und wie mitgeteilt wurde, soll in nächster Zeit eine umfassende Agitation entfaltet werden. Mit der Eröffnung von Verkaufsstellen will man beginnen, wenn die Mitgliederzahl von 2000 überschritten ist, was in verhältnismäßig kurzer Zeit der Fall sein dürfte. Die Geschäftseinlagen der Mitglieder sind bisher ziemlich prompt gezahlt. Schlegel wies darauf hin, daß erfreulicherweise der Kampf der „Schles. Zeitung“ und des alten Konsumvereins gegen das neue Unternehmen bereits begonnen hat. Das könne den Konsumverein „Vorwärts“ nur um so rascher vorwärts bringen. Im alten Konsumverein hat in der letzten Generalversammlung ein recht warmes Liebeswerben um die sozialdemokratischen Mitglieder stattgefunden, die sich die Vorteile nicht entgehen lassen sollen, die der „unter so bewährter Leitung“ stehende bisherige Verein ihnen biete. Der Konsumverein „Vorwärts“ ist nicht gegründet worden, um den alten Verein zu bekämpfen, sondern um einen Verein auf wirklich genossenschaftlicher Grundlage zu haben. Die Beweise dafür, wie notwendig diese Gründung war, haben sich in letzter Zeit erheblich vermehrt, wie die zeigen, wie wenig es im alten Verein auf das Interesse der Mitglieder ankommt.

Die Bücher und Belege des Vereins sind geprüft und in bester Ordnung befunden worden, sodas der Kassiererin, Frau Schlegel, einstimmig Discharge erteilt wurde. An Stelle des Genossen Dietrich, der durch seinen Beruf verhindert ist, sein Amt im Ausschichtat weiter auszuüben, wurde Genosse Krause gewählt. Wie mitgeteilt wurde, haben sich auch die Genossen in Neufürch und Deutsch-Lissa dem Verein angeschlossen. Vorstand und Ausschichtat wurden beauftragt, eine Sparordnung für den Verein auszuarbeiten. Einen Erfolg hat die Gründung schon jetzt gezeitigt, nämlich die, daß die Feindschaft gegen die Organisation der Angestellten im alten Konsumverein nicht mehr offenutage zu treten magt. Man hat es kürzlich den Angestellten dieses Vereins erlaubt, eine Transportarbeiter-Versammlung zu besuchen; man erlaubt ihnen jetzt auch sogar den Beitritt in die Gewerkschaften, während früher jeder, der das wagte, auf die bewährte Schutz-Delegierte Art gemahregelt wurde.

Einige Anfragen aus der Versammlung, die den künftigen Geschäftsbetrieb im neuen Verein betrafen, wurden zur Zufriedenheit beantwortet.

Böttcherverband. Die letzte Mitgliederversammlung nahm den Stellenbericht vom ersten Quartal entgegen. Danach betrug die Einnahme der Kasse 61,80 Mark, der eine Ausgabe von 391,68 Mark gegenüberstand. Es konnten somit 470,12 Mark an die Hauptkasse gelangt werden. An Erwerb-losenunterstützung wurden an 13 Stellen für insgesamt 206 Tage 391,68 Mark gezahlt. Die Kasse hat eine Mehrausgabe von 211,17 Mark zu verzeichnen. Ihr Bestand betrug am 30. September 302,43 Mark. Zwecks Wiedererlangung geliebter Beträge wird der Vorstand beantragt, geeignete Schritte zu tun. Dem Kassierer wurde einstimmig Discharge erteilt. Die Handlungswelt des Kollegen Strauß wohnt end des Streites macht dessen Anschluß notwendig. Zur Sanierung der Kasse wird beantragt, die Erhebung von Extrabeiträgen auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu stellen. Der Antrag fand Annahme.

Man beschloß sich dann wieder mit dem Schnapsboykott. Bekanntlich sind die Breslauer Böttcher mit dem Boykott des Leipziger Parteeages nicht zufrieden, weil sie durch ihn eine Verminderung ihrer Arbeitszeit einheit befürchten. In der Debatte kam aber auch Unzufriedenheit mit dem Vorsitzenden des Hauptverbandes zum Ausdruck, weil dieser auf dem Parteeage für den Schnapsboykott gestimmt hat. Die Versammlung nahm folgende Resolution an, mit welcher Mehrheit sagt der was zu erlaube Bericht nicht:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Böttcher (Zentrale Breslau) erhebt Protest, gegen den vom Leipziger Parteeage beschlossenen Schnapsboykott, welcher neben der neuen Spiritussteuer das Böttchergewerbe ganz erheblich schädigt. Lediglich gegen das Verhalten des Hauptvorsitzenden unseres Verbandes zu dieser Frage auf dem Parteeage. Der elbe sollte als Gewerkschaftler die Interessen seiner Mitglieder auch auf einem Parteeage vertreten.“

Wir möchten hierzu nur bemerken, daß das Verbandsgremium der Böttcher nach wie vor voll auf dem Boden des Leipziger Parteeagebeschlusses steht und gegen den Schnapsboykott Propaganda macht. Auch ist bisher noch aus keiner anderen Zahlstelle eines Verbandes Protest gegen den Schnapsboykott erhoben worden. Offenbar stehen die Breslauer Böttcher, soweit sie Gegner des Boykotts sind, mit ihrem Standpunkt allein. Daß das allgemeine Kulturinteresse unter dem Interesse an der Vertiefung von Schnapsströmen zurücktreten soll, nimmt wohl außer in den „Schwarzbeeren“ im Breslauer Böttcherverband kein organisiertes Vorkommen. Wir glauben übrigens nicht an eine erhebliche Arbeitsverminderung, wenn diese den Boykott allein als Ursache hat, da zum Teil wohl das Bier an Stelle des Fusses zu treten pflegt. Normale Weise ließe sich aus diesem Umstande mit Rechtigkeit sogar eine Vermehrung des Bedarfs an Feigen herantreiben, die unter der gegenwärtigen allgemeinen Depression nicht eintritt. Ohne Schnapsboykott dürfte der Bedarf an Feigen sicher noch weit erheblicher sein, wenn die Verdrängung sich etwa infolge der Biersteuer vom Bier ab dem Fessel ergewandt hätte.

Unteroffizier und Musiker. Wegen Mißhandlung vorchristlicher Behandlung und Verleumdung eines Unteroffiziers, des Unteroffiziers Hermann Schmiegel vom 11. Grenadier-Regiment, regt zur Heftigkeit Entlassen, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Oberkriegsgericht verhandelte am Montag in der Sache und änderte auf Verlangen des Angeklagten das Urteil ab, indem es den Unteroffizier nur wegen Mißhandlung und Verleumdung eines Unteroffiziers zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Der Unteroffizier hatte den betrunkenen Mann „Rüpe“ genannt und geschrieit, nachdem letzterer sich ruckartig im Landstall „zur Eisenbahn“ im Hofe mitgenommen hatte. Oberkriegsrichter Laub als Verhandlungsführer betonte in der Urteilsbegründung, der Unteroffizier habe sich ganz ungebührlich benommen, es sei ganz unbegründet, wie der Unteroffizier sich mit einem Wanne in einem öffentlichen Lokale erlaube und ihn schlaen könne. Der betrunkenen Rusch war in den Unteroffizier ebenfalls fällig geworden und verbißt deshalb ist auf der Zeitung Reife eine zehnmönatliche Gefängnisstrafe

Der Sturm auf Berlin.

Am 21. Oktober hat die Sozialdemokratie in Baden unter dem gleichen Wahlrecht glänzende Siege erritten, am selben Tage hat sie in Sachsen auf den ersten Ruck die vierfache Mehrheit des Ruralwahlrechts sechzehnmal geprengt. Und nun, am 26. Oktober, soll sie in Berlin den Beweis beibringen und erneuern, daß selbst die turmhohle Mauer des Dreiklassenwahlrechts ihr Eindringen in die gesetzgebenden Körperschaften nicht mehr verhindern kann. Im Juni des vorigen Jahres bei den allgemeinen Landtagswahlen entsandten der fünfte, sechste, siebente, neunte, elfte und zwölfte Wahlkreis die Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch, Ströbel, Liebknecht und Hoffmann in das Dreiklassenparlament. Liebknecht und Ströbel wurden mit kolossalen Mehrheiten gewählt; in Ströbels Kreis, dem neunten, standen 403 sozialdemokratische Wahlmänner gegen 172 freisinnige, in Liebknechts Kreis, dem elften, wurden sogar nur 181 freisinnige Wahlmänner gewählt gegen 355 sozialdemokratische. Da war also für den Freisinn auf keinen Fall mehr etwas zu machen. Desto gieriger richtete er aber seine Blicke auf die anderen vier sozialdemokratischen Kreise, in denen die Differenz zwischen den sozialdemokratischen und den freisinnigen Wahlmännerzahlen nicht so groß war. Hier mußte ein Annullierungsgesetz aufgefunden werden, um die sozialdemokratischen Wahlsiege für ungültig zu erklären und das Wahlrecht nochmals auf die Probe zu stellen. Mit Hilfe Hirschs und der Konfessionsführer von damals gelang das sehr leicht. Obwohl der Freisinn genau weiß, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung nichts von ihm wissen will, sondern eine sozialdemokratische Vertretung wünscht, besaß er die Schamlosigkeit, unter dem Vorwande, die Wählerlisten seien unrichtig aufgestellt und es sei von der Sozialdemokratie Terrorismus geübt worden, vier wirkliche Volksvertreter aus dem Landtag ausweisen zu lassen. Darum müssen sich die Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch und Adolf Hoffmann jetzt einer Neuwahl unterziehen, die am heutigen Dienstag, den 26. Oktober, mit den Wahlmännerwahlen ihren Anfang nimmt.

Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen im Juni 1908 war folgendes:

5. Kreis (Borgmann) 311 Sozialdemokraten, 224 Freisinnige, 8 Konervative.
6. Kreis (Heimann) 393 Sozialdemokraten, 348 Freisinnige.
7. Kreis (Hirsch) 373 Sozialdemokraten, 314 Freisinnige.
12. Kreis (Ad. Hoffmann) 314 Sozialdemokraten, 165 Freisinnige, 139 Konervative, 48 Nationalliberale (zusammen 347 Gegner).

Bei den heutigen Wahlmännerwahlen werden nun nicht bloß die Wenderungen innerhalb der Parteigruppierung der Wähler zum Ausdruck gelangen, die seit Juni 1908 erfolgt und der Sozialdemokratie günstig sind, sondern die Wahlen werden auch auf Grund neuer Wählerlisten vorgenommen, wodurch die Abgrenzung der Klassen in den verschiedenen Wahlbezirken eine Verschiebung erfahren wird. Bei der Umschneidung der Wahlbezirke ist eine Uebersicht darüber, nach welcher Richtung diese Verschiebung erfolgt ist und wie sie sich parteipolitisch zur Geltung bringen wird, unmöglich. Der Zufall spielt dabei die große Rolle. Die Uebersiedelung einiger wohlhabender Wähler in andere Bezirke ruft die größten Umwälzungen hervor. Oder, wenn die Wähler zweiter Klasse inmitten der zahlreichen Familie Meyer abschließen, so kann es kommen, daß Carl Meyer mit C in der zweiten Klasse, Karl Meyer mit K in der dritten Klasse

wählt, obgleich beide den gleichen Steuerbetrag bezahlen. Hat nun dabei der Teufel die Hand im Spiele, so kann es passieren, daß sich in dem einen oder dem anderen Kreise die Verhältnisse so stark zu Ungunsten der Sozialdemokratie verschieben, daß entgegen dem ausgesprochenen Willen der großen Masse der Wähler in dem einen oder dem anderen Kreise ein freisinniger Mandatsrücker triumphiert.

Auf der anderen Seite ist nun allerdings zu erwarten, daß manche Verschiebung, die zu Ungunsten der Sozialdemokratie eingetreten sein könnte, durch die politische Stimmung des Tages und die glänzend organisierte Arbeit unserer Berliner Genossen aufgewogen werden wird. Während wir vorwärtsmarschieren, herrscht im Lager des Freisinns tiefe Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit.

Am heißesten wird es, wie sich aus den mitgeteilten Zahlen ergibt, im 12. Wahlkreis zugehen. Dort war der Sieg der Sozialdemokratie im Juni 1908 am knappsten und bis zum letzten Augenblick zweifelhaft. Auch diesmal wird sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Kreis konzentrieren, in dem zum Unterschiede von den andern drei, wo freisinnige Sammelkandidaten präsentiert werden, die bürgerlichen Parteien nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch miteinander in Wettbewerb stehen. Die Freisinnigen mit dem Prediger Ronge, die Nationalliberalen mit dem Scharfmacher Leidig und die Konservativen mit dem Parteiführer v. Liebig suchen einander den Rang abzulaufen, um mit Hoffmann in die Stichwahl zu gelangen und erst im zweiten Wahlgang will man auf alle Fälle gemeinsame Sache machen. Diese vorläufige Zerstückelung der bürgerlichen Parteien wirkt natürlich auf die Aussichten unserer Partei nicht ungünstig.

Es spricht viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß der 26. Oktober sich seinen glücklichen Vorgängern, dem 21. und 22. würdig anschließt, daß er der Sozialdemokratie einen ebenso glänzenden Sieg bringen wird wie dem Freisinn eine grenzenlose Blamage. Sollte es aber doch anders kommen, dann wird der Tag der Abrechnung nicht ferne sein. Eine solche dem Berliner Proletariat durch Heimtücke beigebrachte Wunde würde es erst recht aufflackern zum großen Kampfe um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen, der so oder so aufgenommen und durchgeführt werden muß.

Im Juni 1908 stimmten 331.000 Berliner Landtagswähler sozialdemokratisch und nur 115.000 bürgerlich. Wenn es überhaupt ehrlich erworbenes Eigentum gibt, dann sind die sechs von den zwölf Berliner Landtagswahlkreisen, die das Berliner Proletariat im Juni 1908 in schwerem Kampfe erobert hat, sein ehrlich erworbenes Eigentum. Was aber die gegnerischen Parteien, die Beschützer des bürgerlichen Eigentums am 26. Oktober im Schilde führen, ist brutale Entrechtung und frecher Raub. Mag es dem Berliner Proletariat gelingen, den Angriff zurückzuschlagen! Dann aber auf alle Fälle im Sturmschritt vorwärts gegen das Dreiklassenwahlrecht!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Oktober.

Die neuen Beamtenbefolgungen in Breslau.

Die Gehälter der besoldeten Mitglieder des Breslauer Magistrats sollen nach der neuen Besoldungsordnung mit Wirkung vom 1. April 1909 ab folgendermaßen festgestellt werden:

1. Das Gehalt der juristischen Stadträte auf 7000 Mk., steigend von 3 zu 3 Jahren um 600 Mk. bis zu 11.200 Mk., mit der Maßgabe, daß das Besoldungsdienstalter vom 1. Tage desjenigen Vierteljahres berechnet wird, welches auf das vollendete 1. Jahr nach

der bestandenen Akkordprüfung folgt, oder, falls dies günstiger ist, von dem auf die hiesige Einführung folgenden 1. Tage des neuen Kalenderjahres;

2. das Gehalt des Stadtschulrats auf 8800 Mk., steigend von 3 zu 3 Jahren um 800 Mk. bis zu 11.200 Mk.;
3. das Gehalt der Stadtschulräte auf 10.000 Mk., steigend von drei zu drei Jahren, zweimal um 700 Mk., einmal um 600 Mk., bis 12.000 Mk. unter Festlegung des hierbei maßgebenden Besoldungsdienstalters des Stadtschulrats von Scholz auf den 1. April 1903, des Stadtschulrats Witz auf den 1. April 1906;
4. das dem Kammerer verbindlich ausstehende Gehalt auf 11.200 Mk. herab, daß es vom 1. April 1909 ab dreijährig um je 600 Mk. bis 13.000 Mk. steigt;
5. das Gehalt des Bürgermeisters auf 15.000 Mk.

Die Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen höheren und mittleren Schulen sollen nach der neuen Ordnung folgende Besoldungen erhalten:

1. Direktoren der Volksschulen (Gymnasien, Realschulen, Oberrealschule, Höhere Mädchenschule mit Internat und Studienschule) 6800 Mk. Anfangsgehalt, vier Mal 400 Mk. Dienstalterszulagen, 8400 Mk. Endgehalt und freie Amtswohnung im Werte von 1200 Mk.

2. Direktoren der Mittelschulen (Realschulen) 5000 Mk. Anfangsgehalt, fünf Mal 400 Mk. Dienstalterszulagen, 8000 Mk. Endgehalt und freie Amtswohnung im Werte von 1200 Mk.

3. Oberlehrer 2700 Mk. Anfangsgehalt, 3 Mal 700 und vier Mal 600 Mk. Dienstalterszulagen, 7200 Mk. Endgehalt und 1200 Mk. Wohnungsgeld. — Den Oberlehrern soll ferner eine Ortszulage von 300 Mk. gewährt werden, die nach 15 Dienstjahren auf 200 Mk. und nach 18 Dienstjahren auf 100 Mk. verringert wird und nach 21 Dienstjahren ganz wegfällt.

4. Akademisch vorgebildete Mittelschulleitende 7200 Mk. Endgehalt und freie Amtswohnung im Werte von 1200 Mk. oder Wohnungsgeld 1200 Mk.

5. Seminaristisch vorgebildete Mittelschulleitende 2700 Mk. Anfangsgehalt, acht Mal 300 Mk. Dienstalterszulagen, 5100 Mk. Endgehalt und freie Unterwohnung im Werte von 900 Mk. oder Wohnungsgeld 900 Mk.

6. Seminaristisch vorgebildete Lehrer einschließlich der wissenschaftlichen Fachlehrer und Turnlehrer 2100 Mk. Anfangsgehalt, acht Mal 300 Mk. Dienstalterszulagen, 4500 Mk. Endgehalt und 720 Mk. Wohnungsgeld.

7. Ein nicht vollbeschäftigter Fachlehrer 2100 Mk. Anfangsgehalt, vier Mal 250 Mk. und vier Mal 200 Mk. Dienstalterszulagen, 3900 Mk. Endgehalt.

8. An den höheren Mädchenschulen: a) Oberlehrerinnen 2400 Mk. Anfangsgehalt, vier Mal 400 Mk. und vier Mal 300 Mk. Dienstalterszulagen, 4600 Mk. Endgehalt und 800 Mk. Wohnungsgeld, b) wissenschaftliche Lehrerinnen 1770 Mk. Anfangsgehalt, drei Mal 250 Mk. und drei Mal 200 Mk. Dienstalterszulagen, 3120 Mk. Endgehalt und 600 Mk. Wohnungsgeld, c) technische Lehrerinnen 1570 Mk. Anfangsgehalt, drei Mal 250 Mk. und drei Mal 200 Mk. Dienstalterszulagen, 3020 Mk. Endgehalt und 600 Mk. Wohnungsgeld.

9. An den Mädchen-Mittelschulen: a) wissenschaftliche Lehrerinnen 1670 Mk. Anfangsgehalt, drei Mal 250 Mk. und drei Mal 200 Mk. Dienstalterszulagen, 3020 Mk. Endgehalt und 600 Mk. Wohnungsgeld, b) technische Lehrerinnen (für Zeichnen, Handarbeit und Turnen) 1570 Mk. Anfangsgehalt, drei Mal 250 Mk. und drei Mal 200 Mk. Dienstalterszulagen, 3020 Mk. Endgehalt und 600 Mk. Wohnungsgeld, c) Handarbeits- und Turnlehrerinnen 1100 Mk. Anfangsgehalt, zwei Mal 100 Mk. und sieben Mal 150 Mk. Dienstalterszulagen, 2350 Mk. Endgehalt und 500 Mk. Wohnungsgeld, d) eine nicht voll beschäftigte Handarbeitslehrerin 80 Mk. Anfangsgehalt, ein Mal 10 Mk. und acht Mal 5 Mk. Dienstalterszulagen, 130 Mk. Endgehalt für wöchentlich je eine Stunde.

Nach Maßgabe des Gesetzes über das Dienstverdienst der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909 sollen den Lehrern und Lehrerinnen an den städtischen Volksschulen Zulagen gewährt werden, und zwar in folgender Weise:

Den Direktoren und Lehrern bis zum 10. Dienstjahre 300 Mk., nach dem 10. Dienstjahre 400 Mk., nach dem 15. Dienstjahre 400 Mk., nach dem 20. Dienstjahre 500 Mk., nach dem 25. Dienstjahre 600 Mk.;

Aus aller Welt.

Eine Geige für hunderttausend Mark. Der Geigenkünstler Willy Burmeister wird künftig seine Kunst auf einem ganz vorzüglichen Instrumente vollbringen können. Er hat eine der beiden letzten Stradivarius, die, wie gemeldet, bei der Firma Robert Meyer-Berlin ausgestellt waren, ein hervorragendes schönes Exemplar mit rotem Lack aus dem Jahre 1717, also aus der besten Zeit des Meisters, das zu den größten Seltenheiten gehört, für hunderttausend Mark erworben.

Ein Schumanns-Scandal. In Dortmund spielte sich vor dem Schöffengericht ein skandalöser Polizeiprozess ab. Ein Hauswirt kam in Differenzen mit seinem Zimmerherren und forderte ihn im Anschluß hieran auf, sofort das Haus zu verlassen. Der Mieter pochte indes auf sein Recht, begab sich in sein Zimmer und legte sich ins Bett. Der Hauswirt requirierte nun zwei Schenkleute, die den im Bette liegenden Zimmerherren mit Gewalt aus dem Bette entfernten und ihn die Treppe herunterzerrten. Sie ließen den Mann dann, der nur mit Hemd und Hose bekleidet war, eine Viertelstunde liegen, und einer der Schenkleute holte eine Ruthe, in der der Mann dann — in gänzlich erschöpftem Zustande — zur Polizeiwache gebracht wurde. Hier will der Bestgenommene mit einem Gummischlauch mißhandelt worden sein.

Im Anschluß an seine Verhaftung hat er acht Tage in einem Krankenbette gelegen. Ein ärztliches Attest besagt, daß er am ganzen Körper blutunterlaufene Stellen und Striemen gehabt hat. Trotzdem wurde gegen diesen Mann ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und ruhestörender Kränk angehängt. In der Verhandlung behaupteten mehrere Zeugen, daß der Angeklagte von den Schenkleuten brutal behandelt und geschlagen worden sei. Die Schenkleute stritten — unter ihrem Eide — alles ab und behaupteten, namentlich in der Angelegenheit sowohl als auch auf der Polizeiwache von dem Angeklagten angegriffen worden zu sein.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und erklärte, daß es Bedenken gehabt habe, den Angeklagten wegen der Vorgänge, die nur die Schenkleute behauptet hätten, zu verurteilen, da die Schenkleute sich zunächst mit den übrigen Zeugen, dann aber auch gegenseitig mit ihren Aussagen in Widerspruch gesetzt hätten.

Interessant ist bei dem Vorfall, daß die Staatsanwaltschaft es abgelehnt hat, gegen die Schenkleute ein Verfahren wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung einzuleiten.

Bei einer Propellerprüfung, die in Frankfurt a. M. am Dönhofsplatz vorgenommen wurde, hat sich ein Unfall ereignet.

Unter der Leitung von Ingenieur Bejeuhr wurde auf der großen Bahn ein Propeller von fünf Metern Durchmesser geprüft. Bei der sechsten Fahrt wurde der Motor auf 1500 Touren gestellt und die Geschwindigkeit auf 20 Kilometer. Plötzlich wurde der Propellerwagen von einem heftigen Windstoß erfaßt und mit etwa 80 Kilometer Geschwindigkeit vorwärts getrieben. Der schwere Wagen wurde aus dem Gleis geschleudert, stürzte um und fiel in einen Graben. Ingenieur Bejeuhr erlitt eine Verletzung am linken Fuß und eine Rippenquetschung, der Monteur kam mit geringen Verletzungen davon. Der Propellerwagen wurde sehr stark beschädigt in die Fabrik zurückgebracht.

Der neue Kolanderprozeß. Unter gewaltigem Andränge des Publikums begannen heute vor dem Schwurgericht in Altona die auf mehrere Tage berechneten Verhandlungen gegen den früheren Hausvater der weiblichen Hilfsorganschaft „Vloemende Wilnis“ bei Glückstadt Joachim Kolander und elf früherer Beteiligte dieser Anstalt. Joachim Kolander steht unter der Anklage der Verleitung zum Meineid, seine Mitangeklagten unter der Beschuldigung des wissenschaftlichen Meineides, zu dem sie durch Kolander verleitet sein sollen.

Vor dem Duell freiwillig in den Tod. Ende August verblühte im Mandoer zu Kappe in Westpreußen der Oberveterinär Gener vom 13. Feldartillerieregiment Selbstmord. Er vergiftete sich durch eine Morphiumeinspritzung. Dieser Selbstmord hat jetzt eine überraschende Aufklärung gefunden. Gener war, wie ein Telegramm meldet, vom Oberveterinär Gube aus Hohenalga zum Kampfe gefordert worden und hatte es vorgezogen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Gegen Gube und seinen Kartellträger, den Apotheker Striewski ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Entdeckter Mörder. Aus Newyork, 25. Oktober wird gemeldet: Otto Müller, der Gatte der bei Feitzy ermordeten Anna Luther aus Weida in Thüringen, wurde in einer Vorstadt von Afrika, wo er in einer Klavierfabrik beschäftigt war, festgenommen. Er nannte sich Frederick Gebhardt und hatte in Afrika eine zweite Frau und Kinder. Er soll außerdem schon acht Frauen gehabt haben, die alle tot sind. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei ihm Kleider mit Initialen der Ermordeten vorgefunden. Müller hat eingestanden, Anna Luther im Februar 1908 getötet und mit ihr eine Leichenschmuggelreise nach Deutschland gemacht zu haben.

Raubmord. Auf dem Sandbühner Felde zwischen Holzgraben und Gredbenstein wurde Sonnabend Abend ein Raubmord verübt. Dazu wird noch gemeldet: Der 53jährige polnische Arbeiter Jakob Stanbara, der in Holzgraben in Arbeit steht, befand sich mit zwei polnischen Mädchen auf dem Heimwege. Als diese etwas zurückgeblieben waren, wurde Stanbara von einem Landknecht, dem

24jährigen Kasimir Demtschid, überfallen und zu Boden geschlagen. Während die Mädchen entflohen, um Hilfe zu holen, hatte der Täter den Lebensfaden gestrichelt und ihn seiner Wertsache von 200 Mk. beraubt. Er ist flüchtig.

Die pinasse Kindererlöschung greift, wie das Bürgermeistereiamt in Duisburg bekannt gibt, im Stadtgebiete Duisburg immer weiter um sich. Zahlreiche Todesfälle sind zu verzeichnen.

Straßenbahn-Zusammenstoß in Wien. Am Sonntag nach 10 Uhr Abends ereignete sich im 20. Bezirk ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und der Dampftramway. Der Motorführer des Straßenbahnwagens fuhr über eine Kreuzungsstelle hinaus und klemmte dabei in den von der Seite kommenden Zug der Dampftramway hinein. Es folgte ein sehr heftiger Zusammenstoß, wobei 7 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Schiffunglück im Schwarzen Meer. Ein schwerer Schiffszusammenstoß hat sich, nach einer telegraphischen Meldung aus Galatz, im Schwarzen Meer ereignet. Die von Galatz nach Newy abgegangene Kriegsschuluppe „F“ karambolierte in der Nähe von Remy mit dem aus Odessa kommenden russischen Passagierdampfer „Stus“. Der Anprall war so heftig, daß die Schuluppe sofort sank. Die aus einem Leutnant und 20 Matrosen bestehende Besatzung fand ihren Tod in den Fluten.

Ein vergeblicher Selbstmordkandidat. Der Grünwarenhandler Anton Schauer in Wien hatte seinen Knecht Hieronymus Schmedl zu einer Kundschaft geschickt, um 40 Kronen einzulassen, doch wurde es Abend, ohne daß er heimkehrte. Da der Knecht wiederholt Selbstmordabsichten versetzt hatte, ging Schauer in der Annahme, daß er nun wohl, seinem Leben ein Ende gemacht haben werde, in dessen Wohnung. Er fand den Unglücklichen angekettet, jedoch regungslos auf dem Bette. Um sich zu überzeugen, ob der Knecht schon „gang tot“ sei, rüttelte er ihn — da öffnete er die Augen und rief: „I will a Rush!“, worauf er sich umdrehte und — weiterklimperte. Als Herr Schauer erfuhr, daß der Knecht den einlassierten Betrag in mehreren Gasthäusern verstreut hatte, erstattete er Anzeige. So kam Schmedl vor den Strafrichter. Es gab folgende Unterhaltung: Richter: Was sagen Sie zu der Anzeige? — Angekl.: Ich hab' seit lang' an Selbstmord gedacht, und wie ich die 40 Kr. freige hab', hab' ich denkt, jetzt rüttelt die Courage an. — Richter: Aus dem Selbstmord wurde aber ein Raubmord. — Angekl.: Ich hab' s'viel getrunken und ... in mein' Duell hab' ich an Selbstmord ganz vergessen. Jetzt hab' ich mein' Geld wieder hab' und bin s'aus gegangen, mir'n Mann' auszukloppen. — Der Richter verurteilte den Angekl. zu zwei Jahren Gefängnis wegen Selbstmordkandidaten zu sein. Tagen strengem Arrest.

den wissenschaftlichen Lehrerinnen bis zum 1. Dezember 1907, nach dem 1. Dezember 1908, nach dem 1. Dezember 1909, bestimmt mit dem auf die Vollendung des Dienstalters folgenden Dienstjahre.

Weiter sollen die Direktoren und Hauptlehrer der Schulen mit sechs und mehr Klassen 800 Mk. und die Hauptlehrer der Schulen mit drei bis fünf Klassen 400 Mk. Amtszulage erhalten; den unterbezahlten Lehrern soll eine Dienstentgeltabgrenzung von jährlich 500 Mk. gewährt werden.

Außerdem sollen u. a. noch folgende Veränderungen in den Gehaltsstufen eintreten:

Das Honorar der Hilfslehrerinnen für den Handarbeitsunterricht wird auf jeder Stufe um 10 Mark für die Wochenstunden erhöht.

Das Amtseinkommen des Oberturnlehrers Wilhelm Krampke wird auf jährlich 8400 Mark festgesetzt.

Die Lehrkräfte an der Wiltshofen-Schule in Herrnsdorf erhalten nach Maßgabe ihres Dienstalters: der Inspektor Köhler neben freier Station für sich und seine Familie im Werte von 900 Mark, Anfangsgehalt 2500 Mark, Alterszulagen wie die Volksschullehrer 1900 Mark, Höchstehkommen 4400 Mark, dazu freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung im Werte von 600 Mark; der Lehrer Klemm Anfangsgehalt 1600 Mark, Alterszulagen wie die Volksschullehrer 1900 Mark, Höchstehkommen 3500 Mark, außerdem freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung im Werte von 400 Mark; die beiden Hilfslehrer je 1/2 des gesetzlichen Lehreramtgehalts von 1400 Mark mit jährlich 1180 Mark unter Anrechnung des Wertes der freien Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung mit jährlich 400 Mark.

Mit der neuen Besoldungsordnung soll auch eine Erhöhung der Ruhegehälter und Witwenzüge eintreten.

Im Jahre 1907 wurde beschlossen, die Grundsätze des neuen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 1907 für die Zeit vom 1. April 1907 ab auf die Beamten ebenso wie auf die Lehrer und Beamten an den höheren Schulen, auch Mittelschulen, anzuwenden. Dabei sind aber diejenigen, die vor dem 1. April 1907 in den Ruhestand getreten sind, unberücksichtigt geblieben. Diese sollen jetzt auch Berücksichtigung finden, indem beschlossen werden soll, daß alle Ruhegehälter derjenigen Pensionäre (Beamte und Lehrer, auch Volksschullehrer), die im Ruhestand bis zu 1500 Mk. erhalten und alle Hinterbliebenenbezüge derjenigen Witwen der Genannten, die bis zu 1000 Mark Witwenrente beziehen, nach Maßgabe der neuen Besoldungsgesetze für die Zeit vom 1. April 1908 ab erhöht werden. Die Mehrkosten betragen 22.500 Mk.

In der Begründung führt der Magistrat u. a. aus:

Tatsächlich sind namentlich auch infolge der Inflationsbewegung in den letzten drei Jahren die Preise aller Lebensmittel, fast sämtlicher Verbrauchsgüter und der Wohnungen stark gestiegen, daß bei den am geringsten besoldeten Beamten eine gewisse Not herrscht, alle anderen Beamten aber nur unter starkem Einsparungsdruck die Kosten des Lebensunterhaltes für sich und die ihnen und der handesgemäßen Erziehung ihrer Kinder bestreiten können. Dies macht eine Anhebung des Einkommens sämtlicher Beamten notwendig. Für das Maß dieser Anhebung kann es nicht ohne Einfluß sein, daß und in welchem Maße die Staatsregulierung in Anerkennung der Lebensverhältnisse die Bezüge aller mittleren und unteren Beamten und sehr vieler höheren Beamten erhöht hat, und daß in gleicher Weise die Bezüge der Provinzialbeamten erhöht worden sind. Denn nur wenn die städtischen Beamten mit obrigkeitlichen Funktionen im allgemeinen in der Weise besoldet werden wie Staats- und Provinzialbeamte gleicher Art, wird es gelingen, in Zukunft für freie Stellen dieser Art wohlqualifizierte Bewerber zu gewinnen und bewährte Beamte dem städtischen Dienste zu erhalten.

Nicht umgehen ließ es sich, gleichzeitig auch die Bezüge der auf Dienstverträge beschäftigten Ärzte, sowie des Verwalters der Allergischen-Hospital-Apothekens zu erhöhen.

Wo aber, so fragen wir, bleiben die Arbeiter, auf denen jene Teuerung mit gleicher Wucht lastet? Was geschieht da zum Ausgleich?

Aus Schlesien und Posen.

Kopfsch für Religion und Prügel.

In einer freisinnigen Wähler-Versammlung in 6. Berliner Landtagswahlkreis predigte am letzten Freitag Rektor Kopfsch über das Thema: „Die Religion gehört in die Schule“. Würde die Religion aus der Schule entfernt werden, dann würden sich die freisinnigen Lehrer wie ein Mann erheben und rufen: „Wer mit der Religion! Wir brauchen die Religion!“ Wer dazu den Kopf schüttelt, sei noch nie in seinem Leben in Herzensnot gewesen, und wer gar Zwischenrufe mache (Es fiel der Zwischenruf: „Ist das freisinnig?“), verurteilt dadurch eine fittliche Verzerrung, die beweise, daß die Erziehung der Schule bei ihm ihr Ziel nicht erreicht habe. Die Eltern klagen oft, daß ihre Kinder in der Schule zu wenig streng erzogen würden. Eine gewisse Presse zerze aber die in lernen Vorgänge der Schule in die Öffentlichkeit und vergesse dadurch das Gemüt der Kinder des Volkes. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie wolle keine zutriebenen Arbeiter (Stützpunkt der Partei bei den Arbeitern) aber die Arbeiter antreiben (Arbeitsgeber). Ein Arbeiter wagt Widerspruch. Ein zentnerschwerer Handwerksmeister springt auf und brüllt mit vielstimmiger Sandbewegung: Sechs Wochen soll er zu mir in die Lehre kommen, ich will's ihm zeigen. Während Herr Kopfsch die Bloddschneide des Vereinsgesetzes pries, fällt der Zwischenruf: „Sprachenparagraf!“ Das gibt dem Rektor aller freisinnigen Gelegenheiten, sich darüber zu erheben, daß hier Interessen der Polen vertreten würden. Aber noch lebten wir glücklicherweise in Deutschland! Die halatistische Begeisterung des Rektors erntet einen seiner freisinnigen Genossen, der sich, daß er mit dem Kopfsch: „Sie sind ein Pole, hinaus!“ auf den unglücklichen Zwischenrufer einbringt. Nur schwer beruhigt sich der Treffliche. Und so geht es teilweis, teilweis ohne Grazie weiter: jeder noch so ruhige, sachliche Zwischenruf wird vom Referenten und vom Vorstandsmitglied höchst schlagfertig mit Worten wie „Gemeinheit!“, „Verlogenheit!“, „Unfähigkeit!“ beantwortet. Hölisch laute Schreie im Hintergrunde, eben bringt ein Pole atemlos die Nachricht, daß Koburg von den Sozialdemokraten erobert ist. Niemand interessiert sich mehr für die Verhandlungen, und eine kleine Welle später schließen ein paar ältere Herren recht betrübt heimwärts. Die Freisinnigen von Berlin VI!

Patente, 25. Oktober. Zum Streit bei Piesitz. Seit dem 29. September befinden sich circa 25 Arbeiter der Firma Riechlich, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und Feuerwehrgewerke, im Ausstande. Bierzig ungelernete Arbeiter und 10 Meister erhalten den Betrieb aufrecht. Siebzehn gelernete Arbeiter sind aus den Reihen der Streikenden in die der Arbeitswilligen zurückgetreten. Von den Streikenden sind etwa 20 abgereist und nur 36 befinden sich noch am Orte. Von den Streikenden gehören alle (bis auf 3, die den freien Gewerkschaften angehören) dem Südschlesischen Gewerksverein an. Herr Riechlich jr., der erst vor kurzer Zeit das Geschäft übernommen, hatte in allen Abteilungen sehr viele Lehrlinge angenommen, die sich die Arbeiterkassen bei der herrschenden Erziehung der Lebenshaltung nicht gefallen lassen wollten. Der Durchbruch lag, der zum 18. März in der Woche beträgt, gegen dem angegebenen Rückzahlung zur Erhaltung einer Familie noch zu hoch zu sein. Riechlich probiert es, der Herrschaft in eigener Person, wie eine Woche lang mit 18 Mark auszukommen. Die zweimaligen Verhandlungen sind am dem Verhalten des Unternehmers gescheitert. Unter den am Orte befindlichen Ausständigen soll Auslese gehalten und nur 12 Mann sollen wieder einmessen werden. Hoffentlich erhebt die Südschlesische Arbeiterkassen heraus, daß es mit der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital endgültig vorbei ist. Zugung von Metallarbeitern, Tischlern und Schmiedern ist fernzubalten.

— Auch in der Schneiderischen Holzwarenfabrik hatten vor kurzem die Arbeiter, die zum Teil im christlichen Holzarbeiterverbande organisiert waren, einige Forderungen gestellt. Der Unternehmer machte kurzen Prozeß, entließ einfach die Mitglieder der gewählten Kommission und machte durch Anschlag bekannt, daß die unzufriedenen Elemente entlassen würden, während die andern verbleibende Arbeitsezeit eingeführt wurde. Die Arbeiterkassen ließ sich durch dieses schroffe Vorgehen einschüchtern und der Unternehmer kann sich bis auf heute seinen Gewinn ungehindert in die Tasche stecken. Ob der Arbeiterkassen nicht endlich einmal die Augen aufgehen.

Goldberg, 25. Oktober. Die Volksversammlung am 23. Oktober erregte sich eines überaus guten Besuchs. Auch aus den nahegelegenen Dörfern waren eine Anzahl Landarbeiter mit ihren Frauen erschienen, um sich den Vortrag des Genossen Feldmann über „Das Finanz- und Steuerwesen in Deutschland und die politische Bedeutung des Schnapsbottens“ anzuhören. Der Redner versand es auch in seinem 1 1/2 stündigen Vortrag, dem aufmerksam lauschenden Publikum ein getreues Spiegelbild von unserer verkehrten Reichspolitik zu geben, wodurch das Finanz- und Steuerwesen herausgehoben worden ist. Da nun legt der deutsche Michel einmal munter geworden ist, was die Wahlen der letzten Wochen beweisen, so sei zu hoffen, daß diese Munterkeit auch fernherin anhalten möge, damit wir bei den nächsten allgemeinen Wahlen den Volksbetrügnern, zu denen ja auch Herr Fischbeck gehört, die richtige Quittung geben können. Ueberaus wirkungsvoll waren auch seine Ausführungen über die politische Bedeutung des Schnapsbottens. Nachdem dann in der Diskussion ein Genosse an der Hand einer Liste die verheerende Wirkung der Tabaksteuer auf die Tabakarbeiter gezeigelt hatte, appellierte Genosse Feldmann in seinem Schlusswort noch einmal an alle, die für uns so überaus günstige Zeit kräftig auszunützen, damit es auch im nächsten Kreise gelingt, bei den nächsten Wahlen die Freisinnigen herunterzuholen und dafür die sozialdemokratische aufzupflanzen. Daß die Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren, zeigte sich in der Aufnahme von mehreren Mitglieðern in den sozialdemokratischen Verein und in mehreren Bestellungen auf die „Volksmacht“, die einließen. Auch hier geht es wohl langsam, aber stetig vorwärts.

Guhrau, 26. Oktober. Einer, den die neuen Steuern nicht drücken. Der „Guhrauer Anzeiger“, das amtliche landräthliche Organ, bringt die Auslassung eines Einfänders, der zweifellos in den wohlhabenden agrarischen Kreisen zu finden ist. Einer entgegengegesetzten Ansicht über die Wirkungen der am 1. Oktober in Kraft getretenen Verbrauchssteuern hätte die Redaktion jedenfalls den kostbaren Raum des Hefebüchchens vorbehalten. Indessen wollen wir auch einem weiteren Kreise der „Volksmacht“-Leser das geistige Laborat nicht vorenthalten, das erkennen läßt, wie sich gewisse Kreise trotz der allgemeinen Kollage ihrer Umgebung großen Wohlbestehens erfreuen:

Der 1. Oktober ist vorüber: die neuen Steuern auf Bier, Spirituosen, Zigaretten, Kaffee, Tee und Streichhölzer sind nun in Kraft getreten und lassen auf dem deutschen Reichsbürger schon drei Wochen lang. Ich muß gestehen, sie tun mir nicht sehr weh; ich habe mich auch nicht durch das Geschäft gewisser Zeitungen, durch das Ausfragen der Kaufleute verhalten lassen, einen einzigen dieser Artikel im Voraus einzukaufen. Wozu? Der gesunde Menschenverstand jagt mir, daß im Handel das Angebot und die Nachfrage den Preis regeln und der Konsum bei übertriebenen Preisen sich enorm einschränken kann; dann ist sofort eine Ueberproduktion da und die Preise fallen. Was macht denn die geringfügige Steuer bei solchen Massenartikeln wie Bier, Spirituosen, Zigaretten aus? Gerste und Hopfen haben im Laufe der Jahre im Preise um das Doppelte geschwankt und das Glas Bier blieb 10—15 oder 20 Pfennige Jahr aus Jahr ein. Der Zigarettenfabrikant hat im Laufe der letzten zwanzig Jahre auch sehr verschiedene Preise für den Tabak, den in- und ausländischen, bezahlen müssen, trotzdem habe ich für meine Leibzigarre, die ich nun schon seit zwanzig Jahren rauche, 5 1/2 Pfennige bezahlt, und als ich jetzt nach dem 1. Oktober komme, sagt mein Kaufmann sehr liebenswürdig: „für Sie bleibt der Preis derselbe“; das war doch nett von dem Manne! Das sozialdemokratische Flugblatt, das hier im Kreise herumgegangen ist mit der Aufschrift: „Zigaretten und den verneinten Schnapsbotteln hat mir viel zu denken gegeben: Was für Lügen werden doch dem Volke vorgelegt, was für Sand den Leuten in die Augen geworfen, damit sie Sozialdemokraten werden sollen!“ — Die den Beamten längst versprochenen Gehaltserhöhungen waren doch die nächste und dringendste Veranlassung, daß neue Steuern ausgeschrieben werden mußten. Wer will darüber murren? Der Kaufmann?, der Handwerker, bei dem der Beamte kauft oder arbeitet läßt? Das Geld hat nach dem 1. Oktober wieder einmal an Wert verloren — weiter nichts! Der Laster gilt 1 oder 2 Pfennige weniger; aber deshalb geht die Welt ruhig ihren Gang weiter; ich trinke das Glas Bier weiter für 15 Pfennige und rauche die Zigarette für 5 1/2 Pfennig.“

Man muß es dem Artikelschreiber lassen: Aus ihm spricht der ganze Hochmut jungerlicher Klaffengossen. Seiner Auffassung nach können diese indirekten Steuern auf die genannten Verbrauchsartikel noch bedeutend höhere sein. Er würde sie auch dann noch nicht merken, da ja seine Einnahmen entweder infolge erhöhten Gehaltes oder infolge von Mehrwert seiner agrarischen Produktion nicht gelitten haben, vielmehr nicht gelitten sind. Was macht aber ein Familienvater aus Handwerker- oder Arbeiterkreisen, der fünf Personen zu ernähren hat? Diesen drückt die Steuer anders, er kann nicht Kaffee, Tee, Zigaretten usw. im ganzen einkaufen, von letzterem Luxusartikel überhaupt zu schweigen, und gar noch 5 1/2 Pfennig-Zigaretten zu rauchen. Daß das sozialdemokratische Flugblatt dem hochgehorenen Einfänder endlich einmal Gelegenheit zum Denken gegeben hat, ist erfreulich, es dürfte ohnehin nicht oft bei ihm vorkommen. Warum sucht er aber die angelegten Lügen deselben nicht durch Beweise zu enttarnen? Das wäre doch doch einfache. Gewiß wird der Preis durch Angebot und Nachfrage geregelt. Aber wer bezahlt die Kosten? Etwa die Reichen? Haben diese nicht, als sie ihre vollen Taschen ein klein wenig öffnen sollten, um den — wohlgeartet — besser gestellten Beamten die längst versprochenen Gehaltserhöhungen“ zuzulassen zu lassen, „wir wollen nicht“, gerufen? Natürlich, bei dem Schlimm der indirekten Steuern zählt der Millionär für das Stück Salz auch „nur“ 60 Prozent Steuern, gerade so wie der Bettler. Warum sollte es bei den übrigen Verbrauchssteuern anders sein! Also laßt der breiten Masse alles indirekt aufgebaut, wenn wir nur unsere 5 1/2 Pfennig-Zigarette (!) weiteranziehen können. Man laßt in das Detergehele seiner Leute nach aus der Zeit, wo sie hielten, Sozialdemokraten zu werden, wenn es nicht nach ihrem Willen ginge. Mag der Artikelschreiber weiterhin nachdenken — zu seinem Vorteil.

Konstanz, 26. Oktober. Gefahren der Arbeit. Montag früh verunglückte ein Arbeiter im Betriebe der Zementfabrik S. Frickel, wo er mit Hilfsarbeiten beim Regen der elektrischen Lichtanlage beschäftigt war. Infolge Abrutschens der Leiter stürzte er aus beträchtlicher Höhe herab und blieb bewußtlos liegen. Er hat schwere Verletzungen am Kopf erlitten und wurde sofort ins Krankenhaus transportiert.

Konstanz, 25. Oktober. Konstantin wollte am vergangenen Sonntag Nachmittag in Konstanz eine Besammlung unter freiem Himmel abhalten. Sie fand aber nicht statt, angeblich weil Konstantin zu spät der Polizeibehörde gemeldet hat und deshalb die Genehmigung verweigert wurde, daß eine nicht fest: daß Konstantin aus Konstanz wieder Abzug erhalten hätte wie in Paderborn. „na die Landlichen Konstantiner wollen von ihrem früheren Patron Konstantin nichts wissen.“

Partei Angelegenheiten.

Bildungs-Aussch. Die Reihe der Einführungen zu Dramen und Opern, von denen der Bildungsausschuss bereits 18 unter dem Sammelnamen „Die Volksbühne“ herausgegeben hat, wird demnächst um weitere Einführungen vermehrt werden. Franz Wehring ist dabei mit einer Einführung in Schiller's „Mäurer“ (im Hinblick auf die bevorstehende Schillerjubiläum am 10. November) und Lessings „Minna von Barnhelm“ beteiligt. Franz Lieberich hat Einführungen für Schiller's „König Lear“, Goethe's „Egmont“ und Grillparzer's „Des Meeres und der Liebe Wellen“ geschrieben, mit Boris Nachtschlaf ist Ernst Kreuzfeld mit Goethe's „Egmont an der Ebe“, Hermann Wendel unter dem neuen Einführungen vertreten. — In der 8. Einführung behandelt Leo Reitenberg eine der schönsten deutschen Opern: Beethoven's „Fidelio“.

Da die Bildungsarbeit überall wieder kräftig eingeleitet hat, werden diese Einführungen, für den proletarischen Theaterbesucher berechneten Führer allgemein mit Freuden begrüßt werden. Sie sind neben den bisherigen Einführungen in allen Partei-Buchhandlungen zu haben.

Arbeiterbewegung.

Vom Mannfelder Kriegsschauplatz kann von einer Aufspaltung und Verschärfung des Kampfes berichtet werden. Die Abkommandierung des Militärs in das Streikgebiet und die Scharfmacherei des Oberbergdirektors Vogelgang tragen reichlich dazu bei. Wohin man blickt in Piesitz und Umgebung, steht man Militär. Außerdem sind noch 150 Gendarmen im Streikrevier stationiert. Zwei Maschinenwehre stehen bereit, um gegen die Streikenden vorzugehen zu können. Jeder Infanterist ist mit 60 scharfen Patronen ausgestattet. Nach Eisenberg ist noch eine Schwadron Halberstädter Kavallerie gekommen. Der den Schachtanlagen liegenden Wachen, bestehend aus einem Offizier, zwei Unteroffizieren und zehn Mann. Beim Schichtwechsel werden die Arbeitswilligen, die aus den Schächten kommen, von Soldaten mit aufgeschlängtem Bajonett und herabgezogenen Schnappnetzen empfangen und nach Hause begleitet. Dieses große Militäraufgebot zieht natürlich die Neutralen an und es finden deshalb größere Menschenansammlungen statt. Die Zwecklosigkeit dieser Zusammenberufung der bewaffneten Macht wird dadurch am besten dokumentiert, daß sie keinerlei Veranlassung zum Fortschritt bekommt. Die Ruhe ist nach wie vor völlig ungestört. Oberbergdirektor Vogelgang macht inzwischen den schneidigen Kriegerevangelist. Er soll geküßert haben, daß wie er als preussischer Offizier auf dem Ruf des Königs in den Kampf ziehen und auf dem Schlachtfeld bis zum letzten Atemzuge aushalten werde, er es in seinem Amt als Hüttenmeister für peinlichste Pflicht hält, vor dem Ansturm der Sozialdemokraten auch nicht einen Schritt zurückzuzweichen.

Der Herr Bergdirektor scheint hinter jedem Streik die Hydra der Revolution zu mittern, sonst könnte er nicht auf solchen, die Sache völlig falsch darstellenden Ausdruck kommen. Der Streik hat bekanntlich seinen Ursprung in rein gewerkschaftlichen Ursachen. Bei solcher Situation ist es erklärlich, wenn die Führung unter den Arbeitern weiter um sich greift und die Zahl der Ausständigen stetig steigt. Ueber 10.000 Bergarbeiter stehen jetzt schon im Ausstand. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Streik täglich größere Dimensionen annimmt.

Ungelernte Arbeiter mehren sich: Die Streikleitung hat, nachdem alle Versuche, mit der Bergwerksdirektion zu verhandeln, gescheitert sind, beschlossen, für morgen den Generalstreik zu proklamieren. Die Direktoren glauben nicht, daß die Streikleitung zu diesem Gewaltmittel greifen werde. Das Geschäftliche ruht fast vollkommen. Im Streikgebiet herrscht heute äußerlich vollkommene Ruhe. Das Militär bewacht, wie in früheren Tagen, die Eisen- und Ausfuhr in die Schächte, um zu verhindern, daß Aufschläge gegen die Arbeitswilligen vorkommen.

Literatur.

Ein neues populärwissenschaftliches Unternehmen. Im Sommer dieses Jahres wurde in München durch eine Reihe bedeutender Naturforscher und Fachschriftsteller die Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft gegründet, die sich die Förderung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Aufgabe gestellt hat. Diese Gesellschaft gibt eine Zeitschrift heraus, deren erste beiden Hefen soeben erschienen sind und in der Tat der Organisation ein ganz hervorragendes Zeugnis ausstellen, sodas eine Ausdehnung der Gesellschaft in den weitesten Kreisen Deutschlands und unter den Deutschen des Auslandes nicht nur erstrebenswert ist, sondern sich auch mit Bestimmtheit voraussehen läßt. Der reiche und wahrhaft gediegene Inhalt dieser Hefen, die Beiträge von H. G. France, Dr. Rudolph Wilsch, Dr. W. Wilhelm Meyer — dem bekannten Gründer der Urania — und anderen bringt, mit 18 Abbildungen sehr vornehm ausgestattet und auf feinstem Kunstdruckpapier in tadelloser Weise hergestellt, wird der Gesellschaft sofort zahlreiche Freunde und Mitglieder zuführen. Eine prächtige Reproduktion in Vierfarbendruck, nach einem in dem Kunsthistorischen Hofmuseum in Wien befindlichen Gemälde Waldmüllers, wird jeden Natur- und Kunstfreund in gleicher Weise entzücken. Außer dieser 14tägig erscheinenden Zeitschrift erhalten auch die Mitglieder der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft für den außerordentlich geringen Vierteljahresbeitrag von 1.50 Mark jährlich noch fünf nicht minder reich und vornehm ausgestattete Händchen naturwissenschaftlichen Inhaltes von Autoren, wie H. G. France, Dr. W. Wilsch, Meyer, Professor Dr. Sajo, Dr. Solowjow und Dr. Rudolph Wilsch. Das erste Händchen: „Die Natur in den Alpen“, von France, liegt vor uns in einem wunderbaren, in Farben ausgeführtem Umschlag nach einem Aquarell von Duringer, das auch die die Schönheit der Alpenwelt ahnen läßt, die sie aus eigener Anschauung noch nicht gesehen konnten. Weitere 30 Abbildungen, fast sämtlich von Künstlerhand entworfen, einige aber auch nach an Ort und Stelle aufgenommenen Photographien, schmücken das Buch, welches die bekannte Darstellungskunst Frances zu einer ebenso feinen als belehrenden Leitlinie macht. Wir wünschen der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft, welche ihren Mitgliedern so viel Schönes bietet, eine recht große Ausdehnung. Mitgliederanmeldungen werden durch jede Buchhandlung oder durch die Geschäftsstelle der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft, Leipzig, Talstraße 13, entgegengenommen. Auch kann eine solche durch Abonnement der Zeitschrift „Natur“ erfolgen, das jede Postanstalt entgegennimmt.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.

200. Klein.

S. Weisklein. Wenn die Schweinefleisch innerhalb zehn Tagen festgestellt wurde, brauchen Sie das Schwein nicht zu bezahlen.

S. 25. Der gepändete Regulator wird nicht freigegeben. M. S. 25. Jeder nicht erhalten. 2. Realist wird dort sprechen. 3. Die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde werden im November vorgenommen.

Volksmacht-Leser Polak's. Die Forderung für Waren aus dem Jahre 1907 ist verfehlt, die von 1907 noch nicht. Die Kinder sind als Geburten verzeichnet, die Schulden der Mutter zu bezahlen.

S. G. M. Ka. S. E. Können Unterstützung aus dem Fonds für die Tabakarbeiter v. r. angeben.

G. Pirichberg. 1. Bis Ende Dezember muß Ihnen das vereinbarte Gehalt bei vierteljährlicher Kündigung gezahlt werden; der Arbeitgeber ist dazu verpflichtet. 2. Da Sie Werkführer sind, haben Sie, falls nichts anderes verabredet ist, sechs Wochen vor Ablauf des Vierteljahres zu kündigen. 3. Ist monatliche Kündigung angemeldet worden, so ist das letzte Gehalt bis Ende Oktober zu zahlen.